



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2011



Geänderte Rechtsprechung

Verschwiegene Schuld in Bulgarien

Mauertote als Computerspiel

Aktuell

- 3 Mehr Überprüfung
Recht bekommen
Nicht mit uns!
Neue Aufgaben
NVA im Tierpark
Ignoranz
Filmpremiere

Recht

- 4 Rechtsprechung geändert
Die Gefangenenaekten der DDR, Teil 5

International

- 6 Bulgarien: Die verschwiegene Schuld
- 8 Jüri Kukk – estnischer Freiheitskämpfer

Zeitzeugen

- 9 Im Jugendhaus

Berichte

- 10 Antwort vom Minister
Versunkene Geschichte
- 11 Bürgermeister mit Rückgrat
- 12 „Tötungsrausch“
- 13 Protest in der Leistikowstraße
Mehr Beratung in Thüringen

Verbände

- 14 Fünfeichen
Waldheim
Tost
Suchanzeigen
- 15 Workuta
Bautzen
Bundesverdienstkreuz
FG Recht und Eigentum

Service/Bücher

- 16 Vatersuche in Rußland
- 17 Konspirative Justiz
Unrecht durch Recht
- 19 Utopie und Terror

Service/Veranstaltungen

17-19

Umschlagbild:

Dramatische Szene an der Grenzsperr. In den ersten Tagen nach dem 13. August 1961 besteht die Absperrung im geteilten Berlin teilweise noch aus Stacheldrahtverhau. Familien, Nachbarn und Freunde nehmen dort Abschied voneinander. Das Foto ist Teil der Ausstellung „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“, anläßlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus präsentiert von der Bundesstiftung Aufarbeitung und den Zeitungen BILD und Die Welt. Die Plakatform der 20 Teile ermöglicht ein Anbringen ohne weitere Zusatzausrüstung in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden. Für 50 Euro ist die Ausstellung noch zu erwerben bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, Tel. (030) 31 98 95-0, E-Mail buero@stiftung-aufarbeitung.de

Foto: ullsteinbild

Der Maskenball geht weiter

Welchen Einfluß haben wir in der deutschen Gesellschaft?

Von Horst Schüler

Der Anrufer gab sich als Bewohner des Saarlandes aus. Das sei zwar eine ziemliche Ecke von Hamburg entfernt, meinte er, doch er wolle trotzdem zum Ergebnis der Wahl in der Hansestadt Stellung nehmen. Dazu nämlich hatte ein Hamburger Rundfunksender seine Hörer aufgefordert. Also der Saar-Mensch: Der hohe Sieg der SPD habe ihn nicht überrascht, aber sehr ärgerlich sei er über den Einzug der FDP in die Bürgerschaft. Ausgerechnet die Partei, die den Hoteliers geringere Steuern verschaffte! Mit dem Kurzzeitgedächtnis der Deutschen sei es nicht weit her, empörte er sich.

Nein, daß die Linke einen beinahe gleichen Wahlerfolg in Hamburg verbuchte wie die FDP, das war unserem Saarländer keine Silbe wert. Daß diese Partei, die ihren Namen wechselt wie ein Chamäleon die Farbe, schon längst in den Parlamenten der alten Bundesländer mitredet, obwohl wir doch lange meinten, sie sei „nur“ in den Ländern der ehemaligen DDR daheim – Gott bewahre, kein Grund zur Aufregung für einen wackeren Westdeutschen. Und überhaupt: Hatten wir nicht nach Gesine Lötzschs Eingeständnis, die Wege zum Kommunismus seien nur zu finden, „wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren“ – hatten wir nicht geglaubt, nun sei endlich der Maskenball vorbei, jetzt müsse doch jeder erkennen, wo diese Partei ihre ideologische Basis hat? Denkste! Die brauchen ihre kommunistische Plattform gar nicht zu verstecken, bei uns finden sie allemal genug Wähler.

Da wir, die einstigen politischen Häftlinge des Kommunismus, aber nicht müde werden, auf die Gefahr dieser Ideologie aufmerksam zu machen, ist es angebracht, einmal darüber nachzudenken, welchen Einfluß wir in dieser Gesellschaft haben.

Mal ehrlich, das Ergebnis ist bitter. Dafür nur ein paar Beispiele: Trotz ungezählter Eingaben an die Kultusminister ist es uns nicht gelungen, das diktatorische System der DDR als Pflichtthema im Unterricht an den Schulen einzuführen. – Wenn bei Fernseh-Talk-Runden manchmal auch darüber diskutiert wird, wie die Kommunisten in der DDR mit ihren politischen Gegnern umgingen – wie oft haben Sie einen von uns in der Runde gesehen? Aber Sahra Wagenknecht oder Gregor Gysi finden Sie da immer. – Oder, als kürzlich einige unserer Kameraden gegen eine linke Veranstaltung in Berlin protestierten und deshalb attackiert wurden, blieb das ohne Folgen für die jungen Schläger. – Und was sich die jetzige Leitung der Gedenkstätte in der Potsdamer Leistikowstraße leistet, macht fassungslos. Gegen vielfache Proteste der ehemaligen Häftlinge dieses einstigen KGB-Gefängnisses wird ihnen dessen Nutzung untersagt. „Seit Jahren (werden) Dokumentationen, Berichte und Publikationen der Zeitzeugen ... der Öffentlichkeit vorenthalten“, heißt es in einer Protestnote ehemaliger Häftlinge an die Landesregierung Brandenburg. Und: „Lasst nicht zu, dass die Zeugnisse kommunistischer Gewaltherrschaft weiterhin verstümmelt und entstellt werden!“ – Vor allem aber: Sie sitzen wieder in Parlamenten und Regierungen, als sei das die selbstverständlichste Sache der Welt. Sie pflegen ihre DDR-Erinnerungen, und die „Prinzen“ singen dazu: „Es war nicht alles schlecht.“ Himmel und Hölle, bei den Nazis wurde auch Bier getrunken und Kuchen gegessen, und es soll sogar gelacht worden sein. Und dennoch bleiben Verbrecher Verbrecher.

Ja, ich weiß, das ist alles recht resignativ ausgefallen. Aber sagen Sie selbst, haben wir denn Anlaß zur Hochstimmung? ■

Mehr Überprüfung

(st) Angesichts der nicht abreißen- den Reihe neuer Fälle von Stasi-Belasteten in verantwortungsvollen Funktionen der Bundesrepublik hat die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG Ergänzungen zur vorgesehenen Novelle des Stasi-Unterlagengesetzes angeregt. In den Kreis derer, die künftig überprüft werden können, sollten auch Mitarbeiter von Institutionen und Verbänden der DDR-Aufarbeitung einbezogen werden. Das solle auch für die Ehrenamtlichen gelten. Zur Erleichterung bei der Rehabilitierung ehemaliger Verfolgter wird vorgeschlagen, daß künftig auch Bevollmächtigte Einsicht in die Stasi-Akten nehmen dürfen, weil die Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen dazu oft nicht oder nur schwer in der Lage seien. Darüber hinaus bat die UOKG Kultur-Staatsminister Neumann um eine außerordentliche Überprüfung aller Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde. ■

Recht bekommen

(hohö) Der Verlag Das Neue Berlin darf ein Buch der ehemaligen MfS-Mitarbeiter Herbert Kielstein und Gotthold Schramm, in dem sie die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen massiv angreifen, nicht mehr verbreiten. Neben der Gedenkstätte hatten die Autoren besonders den dort tätigen ehemaligen politischen Häftling Mario Röllig verleumdet, indem sie ihm Aussagen unterstellten, die er nie gemacht hatte. Röllig klagte gegen den Verlag wegen falscher Tatsachenbehauptungen und der nicht genehmigten Verwendung eines Fotos von ihm und gewann. Der Verlag gab eine Unterlassungserklärung ab. Röllig hatte bereits 2009 in einem ähnlichen Prozeß gegen den ehemaligen MfS-Offizier Wolfgang Schmidt obsiegt. ■

„Nicht mit uns!“

(st) Der Dachverband der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hat sich von einer für den 6. August 2011 geplanten Veranstaltung distanziert. Die NPD und andere rechtsextreme Zusammenschlüsse wollen an diesem Tag im thüringischen Gera ein Konzert veranstalten unter dem Motto „Nie wieder Kom-

munismus – Freiheit für Deutschland“, Anlaß soll das Gedenken an die Mauertoten und die Opfer des 17. Juni 1953 sein. „Als Opfer einer grausamen politischen Ideologie wollen wir nichts mit Menschen gemein haben, die eine grausame politische Ideologie verherrlichen“, erklärte die UOKG. Die SED-Opferverbände ließen sich nicht vor diesen Karren spannen und stünden fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. ■

Neue Aufgaben

(st) Nach dem Ausscheiden von Michael Beleites aus dem Amt des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Mitte Dezember 2010 ist die Stelle noch immer nicht besetzt. Die Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen des Freistaates forderten nun in einer Erklärung, die Personalie müsse „unabhängig von parteipolitischen Interessen ausschließlich nach sachlichen Kriterien entschieden werden“. Deshalb solle der Landesbeauftragte künftig im Geschäftsbereich des Landtages angesiedelt werden und dessen Dienst- und Rechtsaufsicht unterstehen. Die Organisationen regten eine Aufgabenerweiterung an, die sich in der veränderten Bezeichnung „Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur“ widerspiegeln könnte. ■

NVA im Tierpark

(st) Am 5. März trafen sich in der Cafeteria des Tierparks Berlin-Friedrichsfelde ca. 100 Veteranen der Nationalen Volksarmee, um den 55. Jahrestag der NVA zu feiern. Einige Offiziere waren in ihren alten Uniformen erschienen, und der 91jährige ehemalige DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler hielt eine Rede.

Empört aber wenig überrascht zeigte sich darüber die UOKG. Solche Treffen dürften nicht verharmlost werden, sagte der Vorsitzende des Dachverbands, Rainer Wagner, und erklärte: „Mit jedem solcher Treffen schwindet die Sensibilität gegenüber der menschenverachtenden Grausamkeit des DDR-Regimes und damit gegen totalitäre Anwandlungen insgesamt.“ Wenn weiterhin zugelassen werde, daß sich diese Verharmlosung in der Gesellschaft ausbreite, sehe er die Demokratie in Gefahr. Wagner forderte noch einmal ein Verbot von Zeichen und Symbolen der kommunistischen Diktatur. ■

Ignoranz

(st-dnews) „Mit Verärgerung und tiefem Befremden“ hat der Dachverband UOKG auf die Ignoranz reagiert, die Historiker und Thüringer Landesregierung den konzeptionellen Vorstellungen der Opfervertreter des Erfurter Gedenk- und Lernortes Andreasstraße entgegenbringen. Es wäre ein Skandal und für die früheren Opfer des Stasi-Terrors unerträglich, wenn im Erfurter Stasi-Gefängnis eine Gedenkstätte gegen den Willen der Opfer entstünde.

Anfang März hatten ehemalige Häftlinge und die VOS ihre Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium ausgesetzt. Das Konzept für die Dauerausstellung dürfe nur mit den Opfervertretern gemeinsam verabschiedet werden. Gibt es keine Einigung, wird Thüringen die erste Gedenk- und Bildungsstätte in einer ehemaligen MfS-Haftanstalt haben, die über die Köpfe der ehemals Inhaftierten hinweg entsteht. ■

Filmpremiere

(bstA) Hoheneck ist Synonym für in der DDR politisch inhaftierte Frauen und menschenunwürdige Haftbedingungen. Tausende politische Gefangene waren zwischen 1950 und 1989 auf der Burg über dem sächsischen Stollberg gemeinsam mit Kriminellen weggesperrt. Kristin Derfler und Dietmar Klein haben diesen Ort des Unrechts und der Unterdrückung mit zahlreichen Zeitzeuginnen portraitiert. Ihr Film „Ein Tag zählt wie ein Jahr. Die Frauen von Hoheneck“ wurde am 8. März in der Stiftung Aufarbeitung uraufgeführt, anschließend kamen ehemalige inhaftierte Frauen aus Hoheneck zu Wort. ■

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Rechtsprechung geändert

Maßgeblicher Zeitpunkt für Anspruchsbegründung neu festgelegt

Mit Beschluß vom 10.8.2010 hat der 4. Strafsenat beim Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, daß die besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (Opferrente) auch dann ab dem auf die Antragstellung an die zuständige Verwaltungsbehörde folgenden Monat ausbezahlt ist, wenn der Antrag gestellt wird, bevor eine rechtskräftige gerichtliche Rehabilitierungsentscheidung vorliegt. Die bisherige Rechtsprechung besagte, daß in den Fällen, in denen der Antrag auf Opferrente ohne Vorliegen einer strafrechtlichen Rehabilitierung gestellt wird, die Gewährung erst ab dem auf die Rechtskraft der Rehabilitierungsentscheidung folgenden Monat erfolgt.

Ausgangspunkt für den Beschluß des BGH war die Klage eines Betroffenen beim Oberlandesgericht Naumburg. Er hatte bei seinem zuständigen Landkreis im Oktober 2007 einen Antrag auf Gewährung der Opferrente gestellt. Daraufhin teilte ihm das Amt ein Vierteljahr später mit, daß die Voraussetzung für die Gewährung dieser Leistung die strafrechtliche Rehabilitierung sei. Mit Beschluß vom 17. September 2008 wurde der Betroffene rehabilitiert, und mit Bescheid vom 30. Juni 2009 gewährte ihm die zuständige Behörde die Opferrente ab Oktober 2008, also erst auf den auf die Rehabilitierungsentscheidung folgenden Monat.

Weil der Betroffene der Meinung war, daß maßgeblich für die Gewährung der Opferrente der Zeitpunkt der Antragstellung sei, beantragte er eine gerichtliche Entscheidung. Diesen Antrag wies das

Landgericht Halle mit der Begründung zurück, daß erst mit der Rehabilitierung ein zulässiger, die Opferrente auslösender Antrag gestellt werden könne. Zu der daraufhin eingereichten Beschwerde des Betroffenen beim Oberlandesgericht Naumburg konnte das Gericht keine Entscheidung treffen. Seiner Rechtsauffassung nach hätte es im Sinne des Betroffenen entschieden. Es war aber durch eine bereits vom Oberlandesgericht Brandenburg zu ähnlicher Sachlage getroffene richtungsweisende Entscheidung mit gegenteiliger Rechtsauffassung daran gehindert. Gemäß Gerichtsverfassungsgesetz war das Oberlandesgericht Naumburg daher angehalten, sich an den Bundesgerichtshof zu wenden und die Frage zur Entscheidung vorzulegen, ob für den Beginn der Zahlung der Opferrente unabhängig vom Zeitpunkt der Rehabilitierung allein der Zeitpunkt der Antragstellung maßgeblich sei.

Der in Beantwortung dieser Frage oben erwähnte Beschluß des BGH stellt die bisherige Rechtsprechung zu dieser Problematik auf den Kopf. Betroffen von der positiven Wirkung sind in erster Linie diejenigen, die einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung gestellt haben und von den Behörden angehalten wurden, erst den Antrag auf Opferrente zu stellen, wenn sie im Besitz der Rehabilitierung sind. Da es mitunter Jahre dauert, ehe mit einer Entscheidung zu rechnen ist, würde die Opferrente über diese Zeit verloren gehen. Deshalb ergeht die Aufforderung an all diejenigen, die es noch nicht getan haben, sofort bei der für sie zuständigen Verwaltungsbehörde den Antrag auf Ge-

währung der Opferrente zu stellen, auch wenn die Rehabilitierung noch nicht vorliegt oder noch nicht beantragt ist. Der Anspruch auf Gewährung besteht in diesen Fällen ab dem auf die Antragstellung an die zuständige Verwaltungsbehörde folgenden Monat.

Überlegenswert ist auch die Frage des Wiederaufgreifens von Verfahren, die abschlägig beschieden wurden – eigentlich nur möglich bei Änderung der Rechtslage. Die Rechtslage hat sich zwar nicht verändert – diese kann nur vom Gesetzgeber verändert werden –, aber da sich die Rechtsprechung um 180 Grad gedreht hat, gibt es auch die Rechtsauffassung, daß dieser Fakt einer Änderung der Rechtslage gleichzusetzen ist. Deshalb wird in Erwägung gezogen, zu dieser Problematik eine Anfrage an das Bundesministerium für Justiz zu richten.

Eine ähnliche Situation besteht auch im Hinblick auf die Gewährung von Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Die Zahlung der Leistungen erfolgt ebenfalls auf den auf die Antragstellung folgenden Monat. Maßgeblich für den Zeitpunkt der Gewährung ist die Vorlage der beruflichen Rehabilitierung, deren Ausstellung sich mitunter über Jahre hinzieht. Allerdings sind uns bisher keine Fälle bekannt, in denen Betroffene den Klageweg beschritten haben. Hinweise dazu nehmen wir gern entgegen. Nähere Auskünfte zum Thema unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Die Gefangenenakten der DDR / Teil 5

Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin (siehe auch Einführungsartikel, der stacheldraht, 7/2010, S. 4).

Land Sachsen (3. Teil)

*Sächsisches Staatsministerium
der Justiz
Hospitalstr. 7, 01097 Dresden*

- **Außenstelle Schkeuditz (Strafvollzugseinrichtung Leipzig)** – Zeitraum: 1971 bis 1990, aktueller

Aufenthaltsort: JVA Leipzig mit Krankenhaus, Leinestr. 111, 04289 Leipzig

- **Strafvollzugseinrichtung Stollberg (Hoheneck)** – Zeitraum: 1951 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim; Zeitraum: 1961 bis 1970, 1976 bis 1977, aktueller

Aufenthaltsort: BStU, Adresse s.o.; Zeitraum: 1971 bis 1975, 1978 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim

- **Strafvollzugseinrichtung Torgau** – Zeitraum: 1958 bis 1960, 1971 bis 1990 (ab 1980 vollständig

vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Torgau, Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau

- **Strafvollzugseinrichtung Waldheim** – Zeitraum: 1950 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim; Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Schongauerstr. 1, 04328 Leipzig; Zeitraum: 1971 bis 1979 (ab 1980 vollständig vorhanden), Krankengeschichten aus der ehemaligen psychiatrischen Abteilung ab 1967, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim; Zeitraum: Krankengeschichten aus der ehemaligen psychiatrischen Abteilung vor 1967, aktueller Aufenthaltsort: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Archivstr. 14, 01097 Dresden; Untersuchungen durch das MfS bei der BStU, Adresse s.o.
- **Strafvollzugseinrichtung Zeithain** – Zeitraum: 1971 bis 1990 (ab 1986 vollständig vorhanden), aktueller Aufenthaltsort: JVA Zeithain, Glaubitzer Straße, 01619 Zeithain
- **Haftarbeitslager Zwickau (Strafvollzugseinrichtung Stollberg)** – Zeitraum: 1955 bis 1958, aktueller Aufenthaltsort: JVA Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim
- **Strafvollzugseinrichtung Zwickau** – Zeitraum: 1950 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Zwickau, Schillerstr. 2, 08056 Zwickau; Zeitraum: 1961 bis 1970 ersatzverfilmte Gefangenenunterlagen, aktueller Aufenthaltsort: Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Schulstr. 38, 09125 Chemnitz; Zeitraum: 1961 bis 1975, Sächsisches Staatsministerium des Innern, Abt. 3 – Landespolizeipräsidium, Wilhelm-Buck-Str. 2-4, 01097 Dresden; Zeitraum: 1976 bis 1990 (ab 1981 vollständig vorhanden), ak-

tueller Aufenthaltsort: JVA Zwickau, Schillerstr. 2, 08056 Zwickau

Land Sachsen-Anhalt

*Ministerium der Justiz
des Landes Sachsen-Anhalt
Domplatz 2-4
39104 Magdeburg*

*Zentrale Auskunftsstelle
des Justizvollzuges
des Landes Sachsen-Anhalt
bei der JVA Halle
Postfach 11 01 51
06015 Halle (Saale)*

- **Strafvollzugseinrichtung Bitterfeld** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: Jugendanstalt Halle, Wilhelm-Busch-Str. 38, 06118 Halle
- **Strafvollzugseinrichtung Dessau** – 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Dessau-Roßlau, Willy-Lohmann-Str. 27, 06844 Dessau-Roßlau
- **Strafvollzugseinrichtung Halberstadt** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990: JVA Halberstadt, Gerichtsstr. 1, 38820 Halberstadt
- **Jugendanstalt Halle** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, Jugendanstalt Halle, Wilhelm-Busch-Str. 38, 06118 Halle
- **Strafvollzugseinrichtung Halle** – 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Halle, Am Kirchtor 20, 06108 Halle

- **Strafvollzugseinrichtung Magdeburg** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Magdeburg, Halberstädter Str. 8a, 39112 Magdeburg

- **Strafvollzugseinrichtung Naumburg** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Naumburg, Am Salztor 5, 06618 Naumburg

- **Strafvollzugseinrichtung Raßnitz** – Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.

- **Strafvollzugseinrichtung Stendal** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Stendal, Hallstr. 27, 39576 Stendal

- **Strafvollzugseinrichtung Thale** – Zeitraum: 1950 bis 1969, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1970 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Volkstedt, Am Sandberg 11, 06295 Volkstedt

- **Strafvollzugseinrichtung Volkstedt** – Zeitraum: 1950 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: Zentrale Auskunftsstelle s.o.; Zeitraum: 1977 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Volkstedt, Am Sandberg 11, 06295 Volkstedt

(Angaben ohne Gewähr; Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Bereits erschienen:

Land Berlin, Nr. 7/2010, S. 4

Land Brandenburg, Nr. 8/2010, S. 6

Land Mecklenburg-Vorpommern,

Land Sachsen (1. Teil), Nr. 9/2010, S. 4

Land Sachsen (Teil 2), Nr. 1/2011, S. 5

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 2., 9., 16., 23. und 30. April sowie am 7. Mai, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche.

Die verschwiegene Schuld

Wie der bulgarische Staat die Aufarbeitung des Kommunismus vermeidet

Von Fanna Kolarova und Nikolai Stiochow

Die heutigen Sozialisten in Bulgarien, direkte Nachfolger der Kommunisten, sind nicht bereit, eine objektive historische Perspektive zu akzeptieren, weil sie sonst die Verantwortung für ihre Taten nach 1944 übernehmen müßten.

Es gibt keine systematische Erforschung und Analyse der Verbrechen des kommunistischen Regimes in Bulgarien. Es gibt auch keine staatliche Institution, die die kommunistischen Verbrechen dokumentiert hat. Und es gibt kein Museum über die Verbrechen des Kommunismus. Zwar gibt es eine scharfe gesellschaftliche und parlamentarische Debatte über die Veröffentlichung der Namen von kommunistischen Kadern und Spitzeln sowie den Umgang mit ihnen, doch das Verständnis für diese Epoche fördert sie nicht. Gleichzeitig sind Wirtschaft und Presse fest in der Hand ehemaliger offizieller und informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Bezüglich der Zeit zwischen 1944 und 1989 herrscht in Bulgarien eine allgemeine Amnesie. Aber wer sich nicht erinnert, hat kein Bewußtsein, kann keine Reue empfinden – und ohne Reue gibt es keine Vergebung. Die bulgarische Geschichte weist weiße Flecken auf. Die Jugend weiß fast nichts über den Terror der kommunistischen Diktatur. Die Geschichtsbücher werden von Historikern geschrieben, die der kommunistischen, heute sozialistischen Partei nahestehen. Selbst das Schwarzbuch des Kommunismus mit insgesamt ca. 700 Seiten widmete Bulgarien davon lediglich zwei bis drei.

Das Veröffentlichende, Aufdecken und Sammeln von Zeitzeugenberichten geht auf private Initiativen zurück. Die schockierenden Fakten über die Verbrechen der kommunistischen Machtergreifung und der 45 Jahre währenden Diktatur, die bekannt wurden, sind das Ergebnis der Arbeit einzelner Forscher und Journalisten. Opferverbände sind auf sich allein gestellt, und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppierungen ist selten gut.

Es gibt Zeitzeugenberichte über Massenhinrichtungen vor allem der Jahre 1944 bis 1953. Nach deren Angaben wurden

Massengräber gefunden, die Erforschung der Grabstätten jedoch wird massiv behindert. Die Verwandten der Opfer und ihre Helfer, die seit Jahrzehnten die Gräber der Getöteten suchen, werden bedroht und sind der Willkür der Behörden ausgesetzt.

Die Verbrechen des Kommunismus in Bulgarien werden u.a. aus folgenden Gründen nicht thematisiert: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen reichen nicht



Foto: Fiedy.00

Todor Schiwkow (1979), von 1954 bis 1989 bulgarischer Staatschef und verantwortlich für zahlreiche politische Verbrechen.

aus, um die Offenlegung der Namen von Mitarbeitern der Geheimdienste zu befördern. Eine „Entkommunistisierung“ nach dem Vorbild der deutschen Entnazifizierung ist nicht einmal ansatzweise versucht worden. Die juristische Aufarbeitung der Konzentrationslager, aufgebaut nach russischem Vorbild, scheitert regelmäßig an den skandalös kurzen Verjährungsfristen in Bulgarien. Die Rechtsprechung arbeitet extrem langsam, es fehlen qualifizierte Juristen. Urteile werden, wenn überhaupt, häufig erst nach vielen Jahren in politisch opportunen Regierungskonstellationen gefällt.

Bislang wollte keine einzige Nachwenderegierung umfassend den Kommunismus aufarbeiten. Das im Mai 2000 verabschiedete Gesetz über die Rechtswidrigkeit des kommunistischen Regimes beinhaltet keine rechtlichen Konsequenzen. Das Verfassungsgericht erklärte 2009 ein Gesetz für verfassungswidrig, das die Zugehörigkeit zu den kommunistischen Geheim-

diensten offenlegen sollte. Eine Prüfung der Zugehörigkeit zur Staatssicherheit ist seit 2006 per Gesetz für bestimmte Ämter in Regierung und Medien durch die Kommission für die Staatssicherheitsdaten vorgeschrieben, doch die Offenlegung der Namen bleibt folgenlos. Nach offiziellen Angaben sitzen zahlreiche Angehörige der Dyrschawna Sigurnost (bulgarische kommunistische Staatssicherheit) in Parlament, Regierung, Medien, Polizei, Justiz und beherrschen 99 Prozent der Industrie.

Was sind die genauen Verbrechen, die dem Kommunismus in Bulgarien zur Last gelegt werden können? Es sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. An erster Stelle zu nennen sind die Verbrechen gegen die Persönlichkeit – an Leib und Seele: politische Morde, Freiheitsberaubung, Geständniszerpressung unter Folter. An zweiter Stelle stehen die massenhaften Verbannungen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im In- und Ausland, Verletzung des Rechts auf Religionsausübung, ethnische Diskriminierungen. Zu einer dritten Kategorie gehören die Verbrechen mit wirtschaftlichem Charakter: schwarze Parteikassen, Raub des nationalen Kapitals und dessen Verteilung unter Parteikader der Bulgarischen KP im In- und Ausland, Vetternwirtschaft, Vertuschung von Umweltkatastrophen und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung. Dazu zählen aber auch Waffen-, Drogen- und Warenschmuggel, als „Transithandel“ getarnt und seit 1978 offizielle Staatspolitik. Schließlich Verbrechen gegen den Staat: der Versuch der KP-Führung, Bulgarien zur 16. Sowjetrepublik umzuwandeln, die Beteiligung an Militärinterventionen und Staatsterrorismus (z.B. Niederschlagung des Prager Frühlings) sowie die Unterstützung linker Terrorregimes und einzelner Terroristen. Hinzu kommt die Vernichtung von Dossiers und Archiven Ende 1989 und Anfang 1990, um begangene Verbrechen zu vertuschen. Im Januar 1990, eine Woche, bevor das Parlament die Streichung des Art. 1 des Grundgesetzes über die führende Rolle der kommunistischen Partei beschloß, wurden ca. 40 bis 50 Prozent der Archive vernichtet und in den Hochöfen des Metallurgischen Kombinats „Lenin“ in Pernik verbrannt.

In seinem „Lexikon der Völkermorde“ gibt Gunnar Heinsohn 30 000 Polizisten, Bürgermeister, Lehrer, Beamte, Unternehmer, Groß- und Kleingrundbesitzer, Richter, Ärzte, Offiziere, Geistliche, Journalisten und Wissenschaftler an, die in den ersten Monaten nach der Okkupation durch die Rote Armee ab September 1944 in Bulgarien ermordet wurden. Veranlaßt durch die bulgarische KP-Führung um Georgi Dimitrov, unter Schutz der sowjetischen Armee und Anleitung des NKWD, haben die frisch rekrutierten Kader der Partei landesweit Menschen verschleppt, gefoltert, ermordet und beraubt. Die Zahl muß in Relation zur Gesamtbevölkerung von ca. 9,4 Millionen gesehen werden. Man schätzt, daß zwischen 1944 und 1962 250 000 Menschen in bulgarische Konzentrationslager verschleppt wurden. Auch nach 1962 wurden diese Lager betrieben; wie viele und wo, ist bis heute ein Geheimnis, ebenso die genaue Zahl der Opfer. Als Beispiel sei das Lager „S“ genannt, über das sich noch Unterlagen im Archiv des Innenministeriums befinden. Das Lager bestand zwischen 1947 und 1949. In ihm wurden Agenten aus ethnischen Minderheiten angeworben. Aber schon bald nach seiner Gründung diente es auch als „normales“ Gefangenenlager, das mehrere tausend Insassen hatte. Nach seiner Schließung verlegte man die meisten Häftlinge nach Belene, dem größten Konzentrationslager in Bulgarien. Diejenigen, die im Lager „S“ von Anfang an einsaßen, wurden zu lebenslanger Haft verurteilt, weil sie Zeugen der Tötungen im Lager geworden waren.

Vielfach wird angenommen, daß die Bulgaren – im Gegensatz zu Deutschen, Ungarn, Tschechen und Polen – keine Revolution gegen die Sowjetmacht und die kommunistische Regierung wagten. Das stimmt jedoch nicht. Es gab Widerstand, und der erste Aufstand in Osteuropa überhaupt fand in Bulgarien statt. Lange vor den Ereignissen in der DDR 1953, nämlich 1944, begann der bewaffnete Aufstand in Bulgarien. Dabei ist er nicht nur der erste, sondern auch der hartnäckigste und längste: bis 1956. Bis heute ist diese Widerstandsbewegung kaum erforscht. Nachdem ab dem 9. September 1944 (Einmarsch der Roten Armee) fast 30 000 Menschen spurlos verschwunden waren, gingen Hunderte Menschen, manchmal ganze Familien in die Wälder und Gebirge und fingen an, sich zu organisieren. Zu den sogenannten Gorjani gehörten bekannte Politiker, Anarchisten, ehemalige zaristische Offiziere und sogar eine kleine Zahl Kommunisten

- überzeugte Idealisten, die mit dem stalinistischen Terror nichts zu tun haben wollten. Anfänglich war dies lediglich eine Fluchtbewegung, aus der sich aber ab 1946/47 die ersten bewaffneten Widerstandsgruppen bildeten. Man schätzt die Zahl der militanten Gorjani auf ca. 2000, weitere 8000 unterstützten sie organisatorisch. Der kommunistische Geheimdienst ging von 160 bis 440 solcher Gruppen aus, von denen 52 aus ehemaligen Emigranten bestanden, die zurückkehrten, um zu kämpfen. Nicht

und sich zurückzuziehen. Trotz zwölf Schußwunden brachte der Anführer seine Leute an einen sicheren Ort. 40 Kämpfer waren gefallen, aber alle Verwundeten wurden gerettet. Nur wenige Wochen später hatte sich der Trupp neu organisiert und war wieder kampfbereit. Aus Griechenland sendete Radio „Gorjanin“. Etwa 15 Gorjani-Fallschirmspringer, die in Jugoslawien und Frankreich vorbereitet worden waren, landeten in Kazanlak und Ichtiman. Die Schlacht bei Sliven machte den bulgarischen Kommunisten



Belene – auf der Insel im gleichnamigen Lager wurden viele Systemgegner gefangengehalten und ermordet.
Abb.: Todor Bozhinov

nur in den Gebirgen Südbulgariens, wo der Widerstand am stärksten war, wurde gekämpft. Auch in der Dobrudscha, dem flachen Nordosten, konnten vorübergehend ganze Dörfer befreit werden. Sogar Russe, die Großstadt an der Donau, wurde kurzzeitig eingenommen. Ab den 50er Jahren bekämpfte die Spezialabteilung 12 des Geheimdienstes die Gorjani. Diese gnadenlose Verfolgung überlebten nur wenige, die meisten vielen in den Schlachten, wurden gefangen genommen und zum Tode verurteilt oder sofort ermordet. Die Leichen ließ man verschwinden, die Familien wurden härtesten Repressalien ausgesetzt. Zwischen 1950 und 1952 erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt: Ein landesweiter Aufstand wurde vorbereitet. Ein eigener Radiosender „Gorjanin“ versuchte die versprengten Gruppen zu koordinieren. Ende Mai 1951 berichtete der Sender, daß in der Region Sliven eine Armee aufgestellt werde, woraufhin sich zahlreiche Bulgaren auf den Weg machten. Die verschreckte kommunistische Regierung ließ 13 000 Milizionäre und Soldaten die Region umzingeln, um zu verhindern, daß sich die Aufständischen dem Widerstand um Georgi Tarpanov anschlossen. Hunderte wurden verhaftet, einige noch vor Ort ohne Gerichtsverfahren erschossen. Am 1. und 2. Juni 1951 kam es zu Gefechten zwischen 106 Widerständlern und 6000 Mann regulärer Truppen. Nach 48 Stunden gelang es den Aufständischen, die Blockade zu durchbrechen

deutlich, daß sie trotz grausamer Repressionen und Massenmorde ohne die sowjetischen Truppen ihre Macht nicht halten konnten.

Der bewaffnete Widerstand der Gorjani ist heute sowohl inner- als auch außerhalb Bulgariens fast völlig unbekannt, und das, obwohl er sich über mehrere Jahre erstreckte und weite Teile des Landes umfaßte. Um zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, muß man wissen, daß der bulgarische Geheimdienst auf Vertuschung, Desinformation und Denunziation spezialisiert war. Nach der endgültigen Niederschlagung des Widerstands wurde viel Energie darauf verwendet, die Erinnerung an die Gorjani auszulöschen – mit Erfolg. Es galt, das Trugbild der durch die Rote Armee befreiten, glücklichen Bulgaren zu festigen, und dazu gehörte unbedingt die Tilgung jeglicher Erinnerung an die Gorjani. Dies ist nur einer von vielen Gründen, weshalb die bulgarischen Kommunisten, die ihre politischen und wirtschaftlichen Positionen auch nach dem Zusammenbruch des Landes behalten haben, nicht zulassen, daß die Geheimdienstarchive geöffnet werden. Denn dann könnten alle sehen, wer die wahren Verräter am bulgarischen Volk waren, einschließlich ihrer ungeheuren Verbrechen. Nicht die nationalen Interessen sind durch die Öffnung der Archive bedroht, sondern das mühsam verborgene, häßliche Gesicht der kommunistischen Vergangenheit. ■

Jüri Kukk – Kämpfer für Freiheit und Menschenrecht

Vor 30 Jahren starb der estnische Widerstandskämpfer in politischer Haft

Von Mart Niklus

Jüri Kukk wurde am 1. Mai 1940 in Pärnu/Estland geboren. Er besuchte die Schulen in Mõisaküla und Abja und studierte von 1958 bis 1963 Chemie an der Universität Tartu. Dort war er anschließend auch als Chemiker tätig. Von 1975 bis 1976 weilte er zur Weiterbildung in Frankreich. Zwischen 1964 und 1968 ver-

den Protest der Freiheitskämpfer der baltischen Staaten gegen die Durchführung eines Teils des Programms der Olympischen Spiele 1980 im okkupierten Estland.

Gemeinsam mit anderen bekannten Widerstandskämpfern, Menschenrechtlern und politischen Dissidenten trat er zur Verteidigung des Akademikers, Menschenrechtlers und Nobelpreisträgers Andrej Sacharow auf. Er unterschrieb das wichtigste gemeinsame Dokument im Kampf der okkupierten und annektierten baltischen Völker um ihre Freiheit, den Baltischen Appell (der insgesamt von 45 Persönlichkeiten unterzeichnet wurde), in dem die Annullierung des Molotow-Ribbentrop-Paktes und die Wiedergutmachung seiner Folgen gefordert wurden.

Kukk informierte ausländische Journalisten über die allgemeine Lage und die Tätigkeit der Behörden im besetzten Estland. Er telefonierte mit dem Gründer und Leiter des Komitees zur Unterstützung der verhafteten estnischen Freiheitskämpfer, Ants Kippar, in Stockholm, um politische Verfolgungen und andere Ereignisse in Estland zu schildern.

Sehr bedauerlich ist, daß die Repressionen gegen Jüri Kukk von manchen seiner Kolleginnen und Kollegen an der Universität Tartu mitgetragen wurden – vor allem vom damaligen Dekan der Fakultät für Physik und Chemie, Prof. Vello Past, der Sekretärin des Parteibüros des Instituts für Chemie, Mari-Liis Allsalu, dem späteren Parlamentsabgeordneten Mihkel Pärnoja u.a. Diese schändliche Tatsache ist durch Dokumente, die bei der Liquidation des KGB in Estland entdeckt wurden, zweifelsfrei bewiesen worden.

Am 13. März 1980 wurde Jüri Kukk verhaftet. Die Strafsache gegen ihn fabrizierte Erich Vallimäe, der damals als Sonderermittler in der Staatsanwaltschaft der Estnischen SSR tätig war und auch gegen Johannes Hint, Ain Aitsam und andere estnische Intellektuelle ermittelt hatte. Auch noch nach der Unabhängigkeit Estlands hatte er einen warmen Posten bei den staatlichen Behörden inne. Den zahlreichen Verhören folgte vom 5. bis 8. Januar 1981 ein im stalinistischen Geiste durchgeführter Gerichtsprozeß vor dem Obersten Gericht der Estnischen SSR in Tallinn und die Verurteilung zu zwei Jahren Freiheitsentzug.

Obwohl Jüri Kukk einen Hungerstreik begonnen hatte, wurde er auf Verlangen des Zentralkomitees der KP Estlands von Tallinner Strafvollzugsbeamten in das Gefangenenlager OE-256/10 in Vologda gebracht, wo er infolge unmenschlicher Behandlung am 27. März 1981 starb. Sein Transport nach Vologda war eindeutig eine Verletzung der damals in der Estnischen SSR gültigen Gesetze, denn Strafen unter vier Jahren sollten auf dem Gebiet der Estnischen SSR verbüßt werden.

In Anwesenheit von Angehörigen und Freunden – der Witwe Silvi Kukk, den Kampfgefährten Lagel Parek, Arvo Pesti, Eve Pärnaste, Enn Tarto, Rünno Vissak – wurde Jüri Kukk auf dem Friedhof in Vologda beerdigt. Dank der Unterstützung mehrerer Kampfgefährten und der Leitung der Universität Tartu wurden seine sterblichen Überreste im Herbst 1991 in die Heimat gebracht und auf dem Friedhof Kursi beigesetzt. Während der Zeremonie entschuldigte sich der damalige Rektor, Prof. Jüri Kärner, im Namen der Universität für das Leid, das dem ehemaligen Kollegen zugefügt worden war. Niemand von denjenigen aber, die direkt oder indirekt an Repressionen gegen Kukk beteiligt waren, hat seine Schuld eingestanden oder bereut.

(Der Autor, Absolvent der Universität Tartu, ist Biologe und war als Widerständler und Menschenrechtler insgesamt 16 Jahre in politischer Haft der UdSSR sowie Mitangeklagter in der Gerichtsverhandlung von Jüri Kukk.)



Aufkleber aus den 80er Jahren: „Dr. Jüri Kukk starb in einem sowjetischen Zwangsarbeitslager.“



„Befreit Mart Niklus – gefangengehalten in einem sowjetischen Zwangsarbeitslager.“

tischen Staat wagten nur wenige diesen Schritt, denn die darauf folgenden Schikanen waren bekannt.

1980 protestierte Kukk entschieden gegen den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan. Er unterschrieb

Auch koreanische Arbeitsklaven in Sibirien

Nicht nur deutsche Männer und Frauen verschleppten die Sowjets nach 1945 zum „Wiederaufbau“ bis hinter den Ural. Wie aus einer Sitzung des japanischen Parlaments im Dezember 2010 hervorgeht, hatten auch Koreaner dieses Schicksal. Rund 20 000 Koreaner (ihr Land war damals von Tokio annektiert) wurden zur japanischen Armee gezwungen, etwa die Hälfte geriet 1945 in sowjetische Gefangenschaft und kam nach Sibirien. Drei Jahre später kehrten 7000 in ihre Heimat zurück, von 60 gibt es eine amtliche Todesmeldung – ca. 3000 werden „vermißt“ ... F.-W.Schlomann

Im Jugendhaus

Im Jugendstrafvollzug der DDR wurden die Haftanstalten beschönigend „Jugendhäuser“ genannt. Die Gewalt jedoch war dort teilweise noch höher als bei den Erwachsenen, die Jugendlichen sahen sich völlig der Willkür ihrer Wärter ausgeliefert. Wie auch in den Jugendwerkhöfen wurde durch ein hierarchisches System unter den Gefangenen und das Prinzip des Teilens und Herrschens auf die „kollektive Selbsterziehung“ gesetzt. Politische wurden mit Kriminellen zusammengesperrt, Demütigungen und drastische Strafen waren an der Tagesordnung, die Lebensverhältnisse erbärmlich. Die Arbeitskraft der Jugendlichen jedoch scheint eine feste Größe in der Volkswirtschaft gewesen zu sein. Die Jugendhäuser gehörten auch zum Betätigungsfeld des MfS. Im folgenden beschreibt der Autor seine ersten Wochen als „Zugang“ im Jugendhaus Ichtershäusen.

Gegen Abend traf ich ein. Wir fuhren durch die Schleuse, dann raus aus der Grünen Minna. Wir mußten uns an die Wand stellen. Dann wurden wir auf die Zellen aufgeteilt. Hier sollten uns Ordnung und Sauberkeit beigebracht werden. Wenn wir gedacht hatten, wir kämen ins Bett, so hatten wir uns geirrt. Zuerst ging es zum Effekten. Hier wurden uns alle privaten Dinge abgenommen. Wir mußten unsere Zivilsachen abgeben und erhielten Anstaltskleidung. Diese bestand aus dicker Unterwäsche, die immer getragen werden mußte, und der schwarzen Uniform mit Käppi und Knobelbechern. Dann bekamen wir Bettwäsche, Handtuch und Körperpflegemittel. Anschließend ging es zum Duschen und zur Entlausung. Durch die Unterbringung davor und die schlechten hygienischen Zustände war ich völlig verlaust, wie andere auch. Alle Haare wurden uns geschnitten und rasiert.

Am nächsten Morgen wurden wir durch laute Geräusche der Heizer geweckt. Sie mußten die Heizung mit Kohlen befeuern, die in eine Blechkarre geschippt wurden. Das machte großen Krach. Schlecht geschlafen hatte ich sowieso. Offiziell geweckt wurden wir durch das Geschrei des Pritschers. Er hieß Walter und war brutal. So manchem ging er an die Gurgel oder schlug ihn. Keiner durfte zurückschlagen, das war Gesetz, denn Walter war genau so gestellt wie ein Wärter.

Also raus und schnell das Bett machen. 52 Karos mußten es sein, sonst wurde das Bett wieder eingerissen. Dann Staub wischen und den Fußboden reinigen, Toilette inbegriffen. Wenn das erledigt war, im Laufschrift zum Waschen, zurück und anziehen. Jeder hatte einen Spind ohne Türen. So war gleich zu sehen, wer sein Fach nicht richtig gebaut hatte. Die Wäsche mußte auf 16cm zusammengelegt sein, nicht mehr und nicht weniger. Wir waren neu, und es passierten Fehler. Also flogen die Sachen auf den Fußboden, und wir mußten uns sputen, damit die anderen nicht auf uns warten mußten, denn sie wollten zum Frühstück. Es war nicht weit, vielleicht 500 Meter. Die ging es aber schon im Marschschritt. Die Stiefel mußten auf den Beton knallen, sonst war Walter nicht zufrieden. Im Frühstücksraum wurden wir auf Zeit gedrillt. Alles lief auf Kommando. Selbständiges Denken war fehl am Platz und konnte für viel Ärger sorgen. Strammstehen, bis Walter so gnädig war und „Setzen!“ sagte. Sprechen verboten. Wenn es einer doch tat, wurden alle bestraft. Die Folge war, Frühstück fertig, Abmarsch. Dann gab es eben nichts zu essen.

Um 8 Uhr fanden wir uns in einem Raum ein und mußten Taschenlampen auf Leistung zusammenbauen. Wer seine Leistung schaffte, durfte um 11 Uhr eine Raucherpause machen. Wir Neuen schafften die Norm in den ersten Tagen nicht. Gegen 12 Uhr ging es abteilungsweise zum Essen. Endlich Mittagessen! Es gab Pellkartoffeln und Soße. Das Besteck war aus Plaste, Messer und Gabel aus Metall gab es nicht. Wir setzten uns, und ich fing an, meine Kartoffeln abzupellen. Doch als ich damit fertig war, kam schon das Kommando: „Zugang! Das Essen beenden!“ Ich hatte noch nicht einmal angefangen. Na gut, eben wieder nichts zu essen. Anschließend wurde eine Stunde marschiert, dann Raucherpause. Dann gingen wir wieder in den Arbeitsraum und bauten die Lampen zusammen. Ohne zu reden. Gegen 16 Uhr wurde die Arbeit beendet und von Walter ausgewertet. Einer muckte auf, und schon war er dem an der Gurgel. Er brauchte es, andere zu schlagen. Ich war schockiert. Man konnte sich beschweren, doch der Schuß ging nach hinten los.

Gegen 18 Uhr ging es dann zum Abendbrot. Es war einfaches Essen, aber ich

haute rein. Alle schauten auf mich. Den anderen war es während der ersten Tage wahrscheinlich genauso gegangen. Dann wieder auf Kommando aufstehen und rausgehen, dort wieder marschieren.

Nun mußten wir rein und alles putzen, was es gab. Auch unsere Schuhe mußten geputzt werden, auf das Peinlichste! Das wurde kontrolliert. Wehe, wenn es nicht klappte. Danach kam der Aufenthaltsraum dran, er mußte täglich gebohnt, anschließend blankgeputzt werden. Nach dem Waschen und vor dem Schlafen Zählung. Wenn Walter schlechte Laune hatte, und die hatte er oft, ließ er den Aufenthaltsraum zur Sau machen und holte sich einen aus der Reihe, der dann alles wieder herrichten mußte. Das war der Tagesablauf.

So gingen die Tage und der Drill dahin. Man war höchstens vier Wochen auf Zugang, dann mußte alles sitzen und man wurde „auf Gruppe“ eingeteilt. Eines Tages mußte auch ich wieder meine Sachen packen und wurde „auf Gruppe“ gebracht. Walter wollte sich noch von mir verabschieden und reichte mir die Hand. Nein, dem Schwein gab ich nicht die Hand. Ich ging. Begleitet wurde ich von einem Wachposten. Wenn mir ein anderer Wachposten entgegenkam, mußte ich fünf Meter davor stehenbleiben, die Mütze vom Kopf reißen und laut „Guten Morgen, Herr Leutnant“ sagen, warten, bis er fünf Meter hinter mir war und die Mütze wieder aufsetzen. Dann durfte ich weitergehen.

Uwe Paul Langner

Ein wahrer Freund ist jemand, der dir Geld borgt und dann das Zeitliche segnet.

Steve Martin

Wir borgen uns nichts und wünschen allen Lesern ein langes Leben.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten. Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Antwort vom Minister

Unterstützungsleistungen für Zivildeportierte

1945 zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportierte deutsche Zivilisten können seit einigen Jahren bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn Unterstützungsleistungen erhalten. Voraussetzung ist, daß sie eine finanzielle Notlage nachweisen können. Die dafür erforderlichen Finanzmittel werden der Häftlingshilfestiftung durch das Bundesministerium des Innern (BMI) zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2010 lasen die ehemaligen Zivildeportierten unter ihren Zuwendungsbescheidern, daß „aufgrund der hohen Zahl gestellter Anträge und nur begrenzt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel die Regelungen für die Bewilligung von Unterstützungsleistungen regelmäßig angepasst“ würden. Das bedeute, daß die

Antragssteller „im Vergleich zu den Vorjahren möglicherweise trotz gleicher oder geringfügig veränderter Einkommensverhältnisse einen geringeren Betrag oder keine Unterstützung mehr erhalten.“

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hat sich daraufhin an den seinerzeitigen Bundesinnenminister Thomas de Maizière gewandt und nachgefragt, ob die Häftlingshilfestiftung den Deportationsopfern, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, tatsächlich im Jahr 2011 weniger oder gar keine Unterstützungsleistungen mehr gewähren wolle.

In seinem Antwortschreiben verwies Thomas de Maizière darauf, daß die nach § 18 Häftlingshilfegesetz (HHG) als ehemalige politische Häftlinge anerkannten Personen keinen Rechtsanspruch auf Unterstützungsleistungen in Notlagen hätten. Zudem ergebe sich die Höhe der jeweiligen Unterstützungsleistung nicht aus dem HHG, sondern werde anhand einer regelmäßig überarbeiteten internen Arbeitsanweisung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge berechnet. Daher habe die Stiftung grundsätzlich das Recht, die Höhe der Unterstützungsleistungen a) je nach Mittelzuweisung durch den Bund und b) je nach Zahl der Antragssteller regelmäßig neu auszutarieren. In den Jahren 2008 bis 2010 habe die Stiftung jeweils 2,18 Mio. Euro für Unterstützungsleistungen nach dem § 18 HHG mit der Maßgabe erhalten, diese Mittel auch dahingehend zu nutzen, daß

die Opfergruppe der Zivildeportierten in „größtmöglichem Umfang“ partizipiere.

Auch für das Jahr 2011 würden mit 1,86 Mio. Euro wieder „beträchtliche Mittel“ zur Leistung von Notlagenunterstützungen zur Verfügung stehen. Damit sei die Grundlage geschaffen, daß die ehemals nach Rußland deportierten Zivilisten auch im Jahr 2011 „sachgerecht“ unterstützt werden könnten, so der Minister. Die UOKG wird die weitere Entwicklung sehr genau beobachten und gegebenenfalls erneut tätig werden.

Während um die Höhe der Unterstützungsleistungen für Zivildeportierte – wieder - diskutiert wird, schreitet die „biologische Lösung“ voran. Am 17. Februar 2011 ist Jutta Jäzosh im Alter von 82 Jahren verstorben. Sie gehörte 1945 zu den Mädchen und Frauen, die in Viehwaggons zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert werden sollten. Ihr Zug wurde jedoch von polnischen Partisanen beschossen und mußte umkehren. Jutta Jäzosh wurde schließlich in das polnische Lager Potulice eingeliefert, wo sie bis 1949 Zwangsarbeit zu verrichten hatte. In die DDR entlassen, mußte sie über das Erlebte schweigen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus unterstützte sie als Zeitzeugin engagiert die Aufarbeitung der Geschichte des Lagers. Auch ihr blieb leider bis zu ihrem Tode eine angemessene Entschädigung für die Jahre der Gefangenschaft durch die Bundesrepublik verwehrt.

Theo Mittrup



Foto: N. Radlitz

In den karelischen Sümpfen: Massengräber eines Lagers zivildeportierter deutscher Mädchen und Frauen.

Versunkene Geschichte

Der „Spiegel“ entdeckt die Ostdeutschen

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ war seit seiner Gründung 1948 den rund zehn Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den preußischen Ostprovinzen und aus dem Sudetenland, die seit 1945/47 in den Westzonen lebten und später in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, nicht sonderlich wohlgesonnen. Obwohl die Ostdeutschen entscheidend am wirtschaftlichen Wiederaufbau Nachkriegsdeutschlands beteiligt waren, wurden sie beschimpft, verhöhnt

und als „Ewiggestrige“ beargwöhnt, wo sie ihre Liebe zur verlorenen Heimat bekunden wollten. Daß mit dieser journalistischen Aversion gegen alles Ostdeutsche auch die konfliktreiche Geschichte und die reichhaltige Kultur jener Regionen in Vergessenheit zu geraten drohte, wurde im Kampfesifer übersehen.

Jetzt aber, 65 Jahre nach Kriegsende, wo es fast zu spät ist, erschien in der Reihe „Spiegel Geschichte“ ein Heft

von 148 Seiten, das an jedem Zeitungskiosk zwischen Freiburg und Greifswald, Flensburg und Berchtesgaden für 7.50 Euro zu kaufen war: „Die Deutschen im Osten. Auf den Spuren einer verlorenen Zeit“. Allein das Inhaltsverzeichnis kann den Leser, zumal den aus Ostdeutschland stammenden, begeistern. Der in die vier Abteilungen „Siedler im Osten“, „Fremde, Freunde, Nachbarn“, „Krieg, Flucht, Vertreibung“ und „Schatten der Vergangenheit“ gegliederte Stoff bringt in den

einzelnen Kapiteln eine Fülle von Beispielen dafür, wie wichtig Geschichte und Kultur Ostdeutschlands für das Selbstverständnis der heutigen Deutschen sind. Da liest man den Aufsatz „Neue Schlüssel zur Geschichte“, wo im Untertitel auf die „Enkelgeneration der Vertriebenen“ verwiesen wird, die die „Vergangenheit unverkrampfter“ sieht, weitere Artikel berichten über die „wechselvolle Geschichte der 1348 gegründeten Universität Prag“ und den wirtschaftlichen „Erfolg der mittelalterlichen Hanse“. Der Stuttgarter Emeritus Norbert Conrads, 1938 in Breslau geboren, der 1994 in der Reihe „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ des Berliner Siedler-Verlags den umfangreichen Band „Schlesien“ (über 800 Seiten) veröffentlichte und als Historiker an der Universität Stuttgart den Projektbereich „Schlesische Geschichte“ vertrat, würdigt auf vier Seiten „Schlesien zwischen Polen, Habsburgerreich und Preußen“ als „Hort der Toleranz“, während der 1962 geborene Germanist Johannes Saltzwedel die unvergleichliche Barockdichtung aus Schlesien vorstellt, deren bedeutendster Vertreter Andreas Gryphius (1616-1664) aus Glogau war. Der in Berlin lebende Historiker Andreas Kossert (1970), dessen Großeltern aus Ostpreußen stammen, der von 2001 bis 2009 am Deutschen Historischen Institut arbeitete und dessen letztes Buch „Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“ (2008) hohes Aufsehen erregte, ist mit einem Interview über die politische und kulturelle Sonderstellung Ostpreußens vertreten, während Christian Neef darüber schreibt, wie im nördlichen Ostpreußen, der russischen Provinz Oblast Kaliningrad, die Regionalregierung versucht, die deutsche Geschichte von 1231 bis 1945 vergessen

zu machen, wogegen die heutigen, aus allen Himmelsrichtungen der Sowjetunion eingewanderten Bewohner des Landstrichs und ihre Nachkommen emsig nach Spuren deutscher Vergangenheit suchen. Erfreulich ist, daß neben den „reichsdeutschen“ Vertriebenen auch die aus Rußland, Ungarn, Serbien, Kroatien und Rumänien ausführlich benannt werden, während die aus der Tschechoslowakei, Polen und dem Baltikum leider unerwähnt bleiben. Immerhin ist „Danzig zwischen Deutschen und Polen“ ein eigenes Kapitel gewidmet. Wie es den jenseits von Oder und Lausitzer Neiße lebenden Deutschen nach 1945 ging, kommt in Artikeln über das Wüten der Roten Armee, über die „Breslauer Apokalypse“ und „Die Zeit der Abrechnung“ zur Sprache. Hier wird auch endlich das Thema „Vergewaltigung“ von zwei Millionen ostdeutscher Mädchen und Frauen angeschnitten, worüber die Aachener Physikerin Gabriele Köpp (1929-2010), die in Schneidemühl/Pommern geboren wurde, als erste Betroffene mit vollem Namen das autobiographische Buch „Warum war ich bloß ein Mädchen? Das Trauma einer Flucht 1945“ (2010) veröffentlicht hat. Daß die vorrückenden Rotarmisten auch Tausende von Polinnen, Slowakinnen, Rumäninnen, Ungarinnen vergewaltigt haben, läßt das Argument brüchig werden, die Verbrechen der Roten Armee wären die gerechte Antwort auf die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945 gewesen.

Wo man sich festliest in diesem Heft, bekommt man aufschlußreiche Informationen geliefert, so über die Westverschiebung Polens unter dem Titel „Churchills Streichhölzer“ (Michael Sontheimer) oder über „Die Vertriebenen nach 1945“

unter dem Titel „Hitlers letzte Opfer“ (Norbert F. Pötzl), selbstverständlich durfte da ein kritischer Beitrag, wenn auch anonym, über Erika Steinbachs Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht fehlen. Leider wird die rigorose Eingliederungspolitik, die im SED-Staat gegen die „Umsiedler“ betrieben wurde, nirgendwo analysiert, der einzige Beitrag zu diesem Thema erschöpft sich in Uwe Klussmanns Artikel über das „Görlitzer Abkommen“ von 1950, worin die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ einseitig anerkannt wurde. Erfrischend zu lesen sind die vier Seiten der Journalistin Petra Reski, die als 1958 geborenes Kind einer Schlesierin und eines Ostpreußen im Ruhrgebiet aufgewachsen ist und die im Jahr 2000 das Buch „Ein Land so weit. Ostpreußische Erinnerungen“ (Ullstein-Taschenbuch 2002) veröffentlichte, weil sie das Land an der Ostsee als Heimat ihrer Vorfahren entdeckte. Daß deutsche und polnische Historiker an einem gemeinsamen Geschichtsbuch arbeiten, erfährt man von Jan Friedmann unter dem Titel „Heikle Kapitel“. Und unter dem Titel „Aktenzeichen ungelöst“ wird dem Leser durch Thomas Darnstädt mitgeteilt, daß die an Deutschen begangenen Vertriebungsverbrechen noch immer ungeklärt sind. Die Liste der weiterführenden Literatur ist leider ziemlich willkürlich zusammengestellt worden und bedarf dringend der Ergänzung.

Auf dem Titelbild sieht man einmal ein fröhliches Fest 1928 im niederschlesischen Schreiberhau, und dann die Flucht der Ostpreußen im Winter 1945 übers Kurische Haff auf die Nehrung. Damit waren 800 Jahre Geschichte Ostdeutschlands ausgelöscht.

Jörg Bernhard Bilke

Bürgermeister mit Rückgrat

Straßenbenennung nach Erwin Bennewitz

Im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick erinnert jetzt ein weiterer Straßename an einen Gegner der SED-Diktatur. Bereits zuvor wurden Straßen nach dem Streikführer vom 17. Juni im Funkwerk Köpenick, Siegfried Berger, sowie nach den Maueropfern Lutz Schmidt und Chris Gueffroy benannt. In unmittelbarer Nähe zum Rathaus Treptow erhielt nun ein Weg den Namen des früheren Treptower Bezirksbürgermeisters Erwin Bennewitz (1902-1980).

Bennewitz besuchte die Volksschule und arbeitete nach einer Lehre als Maschinen- und Motorenschlosser in Berlin. Später war er als kaufmännischer Angestellter tätig. Als überzeugter Sozialdemokrat und aktiver Gegner der NS-Diktatur verbrachte er mehrere Monate in Sicherheitsverwahrung im Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz und erhielt ein Verbot, das Stadtgebiet zu verlassen. Nach der Kapitulation wurde er wieder als Funktionsträger der SPD aktiv, begann eine

Tätigkeit als Personalleiter der BEWAG und war dort Mitglied des Betriebsrates. In Treptow engagierte sich Erwin Bennewitz in der SPD-Abteilung Altglienicke und betrieb dort die Wiedegründung des SPD-Kreisverbandes Treptow. Bennewitz gehörte zu den Gegnern des Zusammenschlusses von SPD und KPD zur SED. Am 20. Oktober 1946 wurde er zum Stadt- und Bezirksverordneten im Berliner Bezirk Treptow gewählt. In der konstituierenden Sitzung am 11. Dezember 1946 wählte





Foto: St. Förster

Bleibende Erinnerung an einen aufrechten Bürgermeister.

man ihn dann zum ersten und bis 1990 einzigen durch freie Wahlen legitimierten Bezirksbürgermeister von Treptow nach Kriegsende. Bennewitz bemühte sich,

auch unter tatkräftiger Einbeziehung der bürgerlichen Parteien CDU und LDP, das Leben nach dem Zweiten Weltkrieg in Treptow zu normalisieren und eine funk-

tionierende Infrastruktur aufzubauen. In der folgenden Zeit kam es zu immer stärkeren Spannungen mit der SED. Nach der politischen Spaltung der Stadt Berlin im Sommer 1948 wurde Bennewitz im Juli desselben Jahres mit Hilfe der Sowjetischen Militäradministration abgelöst.

Der Antrag zur Straßenbenennung wurde von SPD, CDU und FDP gemeinsam eingebracht. Zu Ehren von Erwin Bennewitz sprach bei dem feierlichen Akt der Pfarrer und langjährige Brandenburger Bildungsminister Steffen Reiche, der in deutlichen Worten die Verharmlosung der SED-Diktatur kritisierte und die Vorbildwirkung aufrichtiger Sozialdemokraten hervorhob.

Stefan Förster

„Tötungsrausch“

Jagd auf Flüchtlinge an der DDR-Grenze in einem Computerspiel

Am 22. Februar hatte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) gemeinsam mit der Stiftung Berliner Mauer und der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, die sich mit der Frage „Tote an Mauer und innerdeutscher Grenze – Alles nur ein Spiel?“ befassen sollte. Anlaß war das im vergangenen Jahr von der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe vorgestellte Computerspiel „1378 km“, ein sogenannter Ego-Shooter, bei dem der Spieler in der Rolle eines DDR-Grenzers Flüchtlinge abschießen oder stellen kann. Noch vor der offiziellen Präsentation sorgte das Spiel, entwickelt von einem Studenten der Hochschule, für große Empörung, nicht nur bei Opferverbänden.

Zur Diskussion vor einem sehr gespannten Publikum in der Gedenkstätte Berliner Mauer hatten sich eingefunden Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Prof. Dr. Heiner Mühlmann, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, Helmut Preller, Designer und Künstler, Rainer Wagner, Vorsitzender der UOKG, moderiert von dem bei der BStU tätigen Journalisten Holger Kulick.

Nach einer Beispielsequenz aus dem Spielablauf, die einleitend vorgeführt wurde, stellte Rainer Wagner fest, angesichts des verschärften gesellschaftlichen Klimas, in dem der Charakter der DDR

als Unrechtsstaat wieder zur Disposition stünde, sei das Spiel nicht nur unangemessen, es rufe bei den Opfern auch den Eindruck hervor, sie würden erneut vorgeführt und abgeschossen werden können. Wagner war selbst als Jugendlicher wegen „gewaltsamen Grenzdurchbruchs“ verhaftet und verurteilt worden. Der junge Entwickler hatte hingegen behauptet, das Thema Grenze werde auf diese Weise an Jugendliche herangetragen, die sich sonst nicht dafür interessieren würden. Dem widersprach Hubertus Knabe. Computerspiele an sich seien zwar grundsätzlich für eine Vermittlung auch geschichtlicher Inhalte geeignet, er habe das Spiel jedoch selbst ausprobiert und dabei festgestellt, daß es auf einen „Tötungsrausch“ abziele. Das Ermittlungsverfahren aufgrund seiner Strafanzeige sei inzwischen eingestellt, der Staatsanwalt habe aber klar darauf hingewiesen, daß die DDR-Opfer den Eindruck gewinnen müßten, ihre Toten würden kommerzialisiert und zur Unterhaltung verwendet. Wagner, der bei der Präsentationsveranstaltung in Karlsruhe anwesend war, schilderte noch einmal die mehrfachen vergeblichen Versuche der UOKG, mit der Hochschule ins Gespräch zu kommen, um die Einstellung ins Netz zu verhindern und eine Überarbeitung des Spiels zu erwirken.

Hinsichtlich der theoretischen Möglichkeit, als Spieler auch die Rolle des Flüchtenden zu übernehmen, argumentierte Helmut Preller, die Menschen würden

eindeutig dazu verleitet, den Abzug zu ziehen. Er habe starke Zweifel, daß das vorgebliche Ziel der „Läuterung“ auch erreicht werde und sprach darüber hinaus der Gestaltung die künstlerische Qualität ab, dies sei „eher Kunsthandwerk“.

Prof. Mühlmann vertrat zunächst die Ansicht, die Dramaturgie beinhalte „keine Aufforderung zur Gewalt“. Sein akademischer Exkurs durch die Kulturtheorie und antike Mythologie überzeugte hörbar das Publikum keineswegs. „Ein großes Problem“, bekannte er jedoch auch, sei die Wirkung von Ego-Shootern, die Hemmschwelle des Tötens zu senken. Die Absicht bei diesem Spiel sei gewesen, daß „der Benutzer über sich selbst erschrecken“ solle. Nicht die Intention sei entscheidend, sondern was dabei herauskomme, entgegnete darauf Hubertus Knabe. Während sich vergleichbare Spielkonzepte mit Inhalten der NS-Diktatur von selbst verböten, wäre offenbar „gegenüber der DDR-Vergangenheit alles erlaubt“. Mühlmann räumte ein, es sei der Hochschule zu spät klargeworden, daß emotionale Erinnerungen mit dem Spiel ausgelöst werden könnten, „wir haben Menschen gekränkt“ – eine Formulierung, der vom Publikum schon fast verzweifelt widersprochen wurde, denn „Kränkung“ sei überhaupt nicht das Problem. Rainer Wagner versuchte noch einmal, dem Karlsruher Professor den springenden Punkt zu verdeutlichen. Die theoretisch bestehende, scheinbar „bes-

sere“ Entscheidung des Spielers, den Flüchtling nicht zu erschießen, sondern zu verhaften, werde ahistorisch und zynisch als gutes Werk dargestellt. Jeder, der erlebt habe, was auf eine solche Verhaftung folgte, fühle sich verhöhnt. „Die Toten leiden nicht mehr, die Verhafteten leiden heute.“ Knabe ergänzte, es hätte für die Hochschule selbstverständlich sein müssen, zunächst mit den Opfern zu sprechen. Nun aber sei ein irreparabler Schaden entstanden, denn das Spiel stehe im Netz.

Während auf dem Podium noch diskutiert wurde, ob und wie man das Spiel überarbeiten und damit dem angeblichen Ziel geschichtlicher Aufklärung näherbringen könne, meldete sich der ehemalige politische Häftling Mario Röllig aus dem Publikum zu Wort. Er war an der Grenze verhaftet worden und schilderte nun ganz sachlich, was er in dieser Fluchtsituation

empfundener hatte. Es gelang ihm so überzeugend, daß er eine spontane Einladung des Professors nach Karlsruhe erhielt. Sollte das Treffen zustande kommen, dürfte Röllig, der bereits an mehreren künstlerischen Projekten der Aufarbeitung beteiligt war, der Hochschule ein kompetenter und ebenbürtiger Partner sein.

Daß dieser Abend anregend kontrovers, dennoch überwiegend sachlich und am Ende sogar produktiv verlief, ist wesentlich Gesprächsleiter Holger Kulick zu verdanken. Der erst im letzten Moment Eingesprungene offenbarte ein ganz erstaunliches Talent für die Führung der Diskussion. Bestens vorbereitet, ohne sich in den Vordergrund zu drängen und mit sicherem Gefühl für die Streitfragen, ist er angesichts des Heers eher verzichtbarer Moderatoren zweifellos eine sehr erfreuliche Ausnahme. -lepl-

Mehr Beratung in Thüringen

(tlstu) Seit 1. März 2011 ist die Beratungsinitiative, ein Projekt des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e.V. zur Hilfe für SED-Opfer, auch in Gera präsent. Manfred Buchta übernimmt Beratungen von ehemals politisch Verfolgten im Ost-Thüringer Bereich. Er wird wechselnd in den Städten und Gemeinden Beratungstage zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und dem Stasiunterlagen-Gesetz anbieten, die jeweils in der örtlichen Presse bekannt gemacht werden. Manfred Buchta hat sein Büro in der Außenstelle Gera der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und ist erreichbar montags und donnerstags von 9 bis 15 Uhr, TLStU-Außenstelle Gera, Puschkinplatz 7, 07545 Gera, Tel. (03 65) 82 23-12 04.

Ebenfalls am 1. März wurde eine Anlaufstelle für ehemalige DDR-Heimkinder in Thüringen eröffnet. Berater Manfred May ist dienstags bis freitags zu erreichen in der TLStU-Außenstelle Suhl, Hölderlinstr. 1, 98527 Suhl, Tel. (036 81) 734-691 oder mobil unter (01 60) 95 38 06 55. ■

Protest in der Leistikowstraße

(st) Am 5. Februar 2011 fand vor dem Gebäude des ehemaligen KGB-Gefängnisses Leistikowstraße in Potsdam eine Mahnwache statt. Initiiert vom Gedenkstätten-Verein und der Zeitzeugen-Initiative, nahmen auch Vertreter anderer Opferverbände daran teil. Anlaß war die von der Gedenkstättenleitung Ende Januar bekanntgegebene erneute Verschiebung der Ausstellungseröffnung auf das Frühjahr 2012 und eine halbjährige Schließung der gesamten Gedenkstätte ab September 2011.

Ehemalige politische Häftlinge des Gefängnisses protestierten in einem Flugblatt u.a. dagegen, „daß diese von 1996 bis 2009 gut angenommene Gedenkstätte nach der Übernahme durch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten seit zwei Jahren als Gedenkstätte systematisch boykottiert wird; daß dieser authentische Ort unter dem Vorwand wissenschaftlicher Forschung weitgehend zu einem überdimensionierten Museum umfunktioniert werden soll, mit 850 000 € Steuergeldern; daß seit Jahren Dokumentationen, Berichte und Publikationen der Zeitzeugen sowie die Ausstellung von MEMORIAL der Öffentlichkeit vorenthalten werden; daß Frau Dr. Reich, Leiterin der Gedenkstätte, eine Totalschließung des ehemaligen KGB-Gefängnisses für ein halbes Jahr anstrebt, um unkontrolliert

den Umbau vornehmen zu können...; daß sie in der Öffentlichkeit die Unwahrheit verbreitet, sowohl Zeitzeugen als auch der Beirat wären mit ihrem Vorgehen und ihrer Konzeption einverstanden...“ In rigider und diktatorisch anmutender Vorgehensweise würden Fakten geschaffen und ein Zeugnis kommunistischer Gewaltherrschaft in seinem erschreckenden Zustand unkenntlich gemacht und umgedeutet.

Auch die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft hatte sich den Protesten angeschlossen. In einem Brief an die Brandenburgische Kulturministerin Sabine Kunst schrieb UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner u.a.: „Es kann nicht sein, daß diejenigen, die sich seit fast 15 Jahren ehrenamtlich für den Erhalt und die Gestaltung des ehemaligen KGB-Gefängnisses als Gedenkstätte einsetzen, in einer derart brüskten und arroganten Form von der Gedenkstättenleitung beiseite geschoben werden.“

Nach einem Bericht der Märkischen Allgemeinen hat Ministerin Kunst am 24. Februar im Potsdamer Landtag erklärt, während der Einrichtung der neuen Dauerausstellung werde das Besucherzentrum durchgehend geöffnet bleiben und das ehemalige KGB-Gefängnis von November 2011 bis Februar 2012 geschlossen. ■



Foto: Dirk Jungnickel

Mahnwache – Aufbau gegen den Abbau.

Jahresgedenkveranstaltung 2011

(rl) Die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen lädt ein zu ihrer diesjährigen Gedenkveranstaltung aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am Sonntag, dem **10. April 2011**, nach Neubrandenburg.

PROGRAMM

Jahresrechenchaftslegung

Beginn – 8.30 Uhr (ab 9.00 Uhr Imbißversorgung)

Ort: Hochschule Neubrandenburg, Mensa, Eingang links, Brodaer Str. 2

Kranzniederlegung

Beginn – 12.00 Uhr

Ort: Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen, Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal

Gedenkfeier mit ökumenischem Gottesdienst und Kranzniederlegung

aus Anlaß des 20. Jahrestages der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Beginn – gegen 12.30 Uhr

Ort: Kreuz südliches Gräberfeld

Festveranstaltung mit Konzert des Wehrbereichsmusikkorps 1

Beginn – 14.00 Uhr

Ort: Konzertkirche Neubrandenburg

Waldheim

Das Treffen des Waldheim-Kameradschaftskreises findet in diesem Jahr am **28. und 29. April** in Calw statt. Anmeldungen bitte an Benno Prieß, Brixener

Weg 6, 75365 Calw, Tel. (070 51) 36 11, Fax (070 51) 784 71, E-Mail benno.priess@gmx.net. Bitte auch angeben, ob Übernachtung gewünscht wird. Benno Prieß

Fahrt nach Tost/Oberschlesien

Wer Interesse an einer eintägigen Bus-Fahrt nach Tost/Toszek am **14. Mai 2011** hat – von/bis Dresden – melde sich bitte bei Sybille Krägel, IG NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945, Wittekopsweg 36a, 22415 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail sybkraegel@aol.com.

In Tost wird u.a. das ehemalige Lager/Gefängnis besichtigt, in dem 1945 über 4500 willkürlich verhaftete Zivilisten – etwa 1000 Schlesier und 3700 aus dem berüchtigten Zuchthaus Bautzen verlegte Männer, Frauen und Jugendliche – zusammengepfercht wurden. Hier kamen in kurzer Zeit über 3000 Menschen um.

Es werden stattfinden: ein ökumenischer Gottesdienst in der wunderschönen Kirche, eine Feier am Rande der Massengräber und Gespräche mit dem Deutschen Freundschaftskreis Tost während eines gemeinsamen Essens auf der ehemaligen Eichendorff-Burg. Sybille Krägel

Suchanzeigen

Hoheneckerinnen

Margot Gräber, geb. Neumann, und ich, Petra El-Fouani, geb. Breitmann, suchen eine gemeinsame Bekannte von Frau Gräber und meiner Mutter Eva Kuschinski, geb. Breitmann. Es handelt sich um Herlinde Weiß, Anfang der 60er Jahre wohnhaft in Berlin-Kreuzberg, Wrangelstraße. Frau Weiß, Frau Neumann und meine Mutter waren zur selben Zeit in Hoheneck inhaftiert, meine Mutter von 1953 bis 1960. Frau Weiß war eine kleine zarte Frau, die ich (damals zehn Jahre alt) mit meiner Mutter nach ihrer Entlassung öfter besuchte. Hinweise bitte an: Petra El-Fouani, Am Rathausplatz 6, 10825 Berlin-Schöneberg, Tel. (030) 788 17 81

Lager Nr. 1415

Gesucht werden ehemalige Gefangene aus dem Lager Nr. 1415 (Arbeitsbataillon) in Dneprodzershinsk, Gebiet Dnepropetrowsk in der Ukraine. Das Lager bestand vom 1. Juni 1945 bis zum 18. Mai 1948.

Hinweise, möglichst schriftlich, bitte an BSV-Förderverein, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, oder Tel. (030) 55 49 63 34.

Speziallager

Ich studiere Medizin im 8. Semester an der Fakultät „Carl Gustav Carus“ in Dresden. Im Rahmen meiner Dissertation im Fachbereich Medizingeschichte erforsche ich die „medizinische Versorgung“ und vor allem das medizinische Personal (Ärzte, Schwestern und Pfleger) in den sowjetischen Speziallagern.

• Wer kann sich an Ärzte aus den Reihen der Lagerinsassen erinnern, die zur Behandlung Kranker im Lazarett oder in den Baracken eingesetzt wurden?

Sind Ihnen noch besondere Erlebnisse mit den Lagerärzten in Erinnerung?

Wer weiß, wo die Ärzte vor der Internierung gearbeitet haben, warum sie verhaftet wurden und wo sie nach der Entlassung hinkamen?

Hatten Sie nach der Entlassung noch Kontakt zu Lagerärzten?

Sind noch Lagerärzte am Leben?

Können Sie mir, eventuell als Nachkomme/Verwandter eines Lagerarztes, Nachlässe oder Erlebnisberichte zur Verfügung stellen?

• Wer hat Erinnerungen an sowjetische Ärzte?

• Welche Behandlungsmöglichkeiten hatten die Ärzte?

Wer kann sich noch an Operationen erinnern? Welche Geräte wurden dazu einge-

setzt? Welche Heilmittel, auch Arzneimittel, standen zur Verfügung?

• Wer kann sich noch an Gefangene, die im Lager als Schwestern, Pfleger oder Apotheker eingesetzt wurden, erinnern?

Sicher ist es sehr schwer, sich an die schlimme Zeit im Lager zu erinnern. Gerade deshalb wäre ich Ihnen für Ihre Unterstützung sehr dankbar. An alle, die mir ihre Erinnerungen schon mitgeteilt haben, ein ganz herzliches Dankeschön. Anschrift Studienort: Pfothenhauerstr. 36, 01307 Dresden, Tel. (03 51) 21 91 98 51, E-Mail AnneKollo@gmx.de; Anschrift Heimatort: Ernst-Thälmann-Str. 53, 03226 Vetschau/Spreewald, Tel. (03 54 33) 29 52 Anne Kolouschek

Gescheiterte Fluchten

Für eine Doktorarbeit in Geschichte suche ich Zeitzeugen, deren Republikflucht über die Transitstrecken (Autobahn, Transitzüge) oder über organisierten Tourismus in westliche Staaten oder über Fluchthelfer gescheitert ist. Thüringen steht dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Solche Fallbeispiele veranschaulichen am besten die Kontroll- und Überwachungspraxis des MfS. Kontakt über (01 74) 736 95 21.

Torsten Schopf

Trauer um Julius Stürmer

Am 7. Februar starb in Geltendorf der aus dem Banat stammende Maler, der wie kaum ein anderer mit seinen Bildern das Leiden der Menschen im sowjetischen GULag zeigte. Sein Bildband „Die eisige Hölle Workuta“ gehört zu den eindrucksvollsten Dokumenten dieses Leidens. Der 1915 in Karansebesch im Banat geborene Sohn eines Kirchenmalers hatte Malerei und Kunsterziehung an der Kunstakademie Berlin studiert, war für die Ufa und für die Auto-Union als Werbemaler tätig. Wegen seiner antikommunistischen Haltung wurde Julius Stürmer 1946 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet, zu 15 Jahren Haft verurteilt und nach Workuta verschleppt. Nach den Interventionen Bundeskanzler Adenauers kehrte er im Dezember 1955 mit den letzten Gefangenen nach Deutschland heim. Hier war er als freischaffender Künstler und Grafiker tätig und wurde mehrfach ausgezeichnet. Viele seiner Arbeiten sind u.a. in einem Museum in Wolfegg im Allgäu sowie in Peenemünde ausgestellt. In seinen Bildern über den GULag hat Stürmer oft eine Verbindung des Leidens Christi mit dem Leiden der politischen Häftlinge gesucht.

Horst Schüler



Schneesturm im Lager, gemalt von Julius Stürmer.

Workuta-Tagung

(hs) Der frühe Widerstand in der SBZ/DDR steht im Mittelpunkt der diesjährigen Projekttagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion. Die noch lebenden Frauen und Männer, die in den ersten Nachkriegsjahren wegen ihres Widerstandes gegen das kommunistische Regime in Deutschland verhaftet und nach ihrer Verurteilung durch sowjetische Militärtribunale (SMT) in den sowjetischen GULag verschleppt wurden, treffen sich **vom 4. bis zum 7. Juni 2011** in Halle/Saale. Ziel des Projektes ist es, die Geschichte des Widerstandes in den späten 40er und frühen 50er Jahren zu thematisieren und in der Öffentlichkeit transparent zu machen.

Postleitzahl und Wohnort sowie Nummer des bei dem Rundgang mitgeführten Personaldokuments. Wir bitten um Verständnis, daß spätere Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Die Veranstaltung im Brauhaus beginnt 9.30 Uhr und endet 15.30 Uhr. Es wird über die Arbeit des Bautzen-Komitees berichtet und der Vorsitzende sowie die Vorstandsmitglieder werden neu gewählt. Um 16.00 Uhr fahren Busse zur Gräberstätte Karnickelberg. Dort findet eine ökumenische Andacht mit anschließender Kranzniederlegung statt.

Hinweis: Fahrt- und Verpflegungskosten können nicht erstattet werden.

Bautzen-Komitee e.V.

im Haftarbeitslager X in Hohenschönhausen – inhaftiert, weil er als ASTA-Referent notleidende Ost-Berliner Studenten der neugegründeten Freien Universität unterstützt hatte. In seiner Zeit als Hochschullehrer an der FU engagierte er sich vor diesem Hintergrund für die Freiheit von Forschung und Lehre und verteidigte in den Auseinandersetzungen im Gefolge der Studentenbewegung die Meinungsfreiheit nachdrücklich. Nach dem Sturz des SED-Regimes gehörte er zu den Mitbegründern der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Dort arbeitete er von Beginn an als Zeitzeuge in der Besucherbetreuung und setzte sich in den Gremien der Stiftung für den weiteren Ausbau der Gedenkstätte ein.

Herzlichen Glückwunsch!

Gedenkandacht

(StP) Im St. Petri Dom in Bautzen wird am Donnerstag, dem **31. März 2011**, 12.00 Uhr, eine Gedenkandacht gefeiert, um an den Aufstand der Gefangenen im „Gelben Elend“ 1950 zu erinnern.

Einladung nach Bautzen

Das Bautzen-Komitee lädt ganz herzlich ein zum Bautzen-Treffen 2001, **am 4. Mai** in das Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Str. 7.

Der Rundgang durch die Außenanlagen des „Gelben Elends“ beginnt 7.45 Uhr am Haupteingang der JVA, Breitscheidstraße 4.

Bis zum 26. April 2011 bitten wir die Teilnehmer am Rundgang der Geschäftsstelle des Bautzen-Komitees, Postfach 1224, 02602 Bautzen, folgende Daten schriftlich mitzuteilen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Straße und Hausnummer,

Bundesverdienstkreuz

(senkult) Am 25. Februar dieses Jahres erhielt Hans-Eberhard Zahn aus den Händen des Berliner Kulturstaatssekretärs André Schmitz und im Auftrag von Bundespräsident Christian Wulff das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Auszeichnung wurde das Lebenswerk des ehemaligen DDR-Häftlings, Zeitzeugen und Förderers der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen geehrt. Schmitz würdigte das jahrzehntelange Engagement Hans-Eberhard Zahns als „ein Leben für Demokratie und Freiheit“. In seiner Laudatio sagte er u.a.: „Ihr Leben und Ihr Wirken waren und sind geprägt von der Auseinandersetzung mit Diktatur und Verfolgung und für das Eintreten für Demokratie und Freiheit. Es ist zugleich ein Spiegel der (West-)Berliner und der deutschen Geschichte.“

Hans-Eberhard Zahn war sieben Jahre in Zuchthäusern der DDR – darunter auch

20 Jahre Klärungsbedarf und offene Fragen

Eine Tagung der Fördergemeinschaft Recht und Eigentum e.V. in Erinnerung an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 23. April 1991 („1. Bodenreformurteil“) – Lage und Entwicklung nach 20 Jahren sowie Wege zur rechtsstaatlichen Aufarbeitung.

Am 16. April 2011, ab 10.00 Uhr, im großen Saal des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt, 14467 Potsdam; weitere Informationen unter Tel. (03 39 70) 518-74/76

Vatersuche in Rußland

Ulrich Schachts Buch „Vereister Sommer“

Der Lyriker und Erzähler Ulrich Schacht ist in Wismar aufgewachsen und wurde 1976 aus dem DDR-Zuchthaus Brandenburg-Görden freigekauft, seit 1998 lebt er als freier Autor in Schweden. Geboren aber ist er am 9. März 1951 im Frauenzucht-haus Hoheneck im Erzgebirge, wo seine Mutter, die mit einem Sowjetoffizier befreundet gewesen war und mit ihm hatte fliehen wollen, eine zehnjährige Haftstrafe verbüßen mußte. Diese biographischen Daten freilich sind nur das Gerüst für eine unerhört bilderreich beschriebene Suche, die der Autor nach seinem in Rußland ver-



schollenen Vater unternommen hat, den er noch nie gesehen hat, den er nur aus den Erzählungen seiner Mutter kennt, den er aber ein Leben lang vermißt hat und den er schließlich, als er selbst schon 48 Jahre alt ist, im Dorf Schalikowo, westlich von Moskau gelegen, findet. Es ist der 4. April 1999, als die Geschichte mit dem Satz anhebt: „Ein Mann geht durch den Schnee.“ Über die winterlich vereiste und von Birken umsäumte Dorfstraße geht der Autor unsicheren Schritts auf den Mann zu, der vor seiner Datscha auf ihn wartet und der sein Vater ist.

Wladimir Jegorowitsch Feodotow, 1925 geboren, war nach 1945 als Leutnant der Roten Armee in der mecklenburgischen Hafenstadt Wismar stationiert, als er bei einem Tanzvergnügen 1949 die zwei Jahre jüngere Wendelgard Schacht kennenlernte, die im Sommer 1950 von ihm schwanger wurde. Die junge, kaum ausgelebte Liebe wurde am 14./15. August

1950 jäh zerstört, als der sowjetrussische Geheimdienst zunächst Wladimir und einen Tag danach Wendelgard verhaftete. Vier Wochen später wurde sie zur Vernehmung nach Magdeburg überführt. Dort erfolgte am 25. Oktober eine Gegenüberstellung mit ihrem russischen Geliebten, wobei sie zugab, daß beide nach Westdeutschland hatten fliehen wollen. Merkwürdigerweise trug er noch immer Uniform mit allen Rangabzeichen. Am 18. November 1950 wurde sie vom Kriegsgesicht, einem Sowjetischen Militärtribunal, ohne Rechtsbeistand und Entlastungszeugen wegen „Landeshochverrats“ zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Sie wurde nicht, wie sie befürchtet hatte, in die Sowjetunion verschleppt, sondern kam ins Frauenzucht-haus Hoheneck, über der Stadt Stollberg im Erzgebirge gelegen, und gebar dort am 9. März 1951 ihren Sohn Ulrich, der ihr am 6. Juni weggenommen und in ein Kinderheim der „Volkspolizei“ nach Leipzig verbracht wurde.

Das magische Datum des 4. April 1999 – der Tag, an dem Ulrich Schacht mit seinem russischen Halbbruder Slavik zögernd durch den Schnee auf seinen Vater zugeht - läuft wie ein Leitmotiv durch den autobiographischen Text. Von hier aus werden die drei Handlungsstränge aufgefächert und ineinander verschränkt: Das Leben des Vaters, der damals, am 26. Oktober 1950, ins sibirische Tschita strafversetzt wurde, später heiratete und zwei weitere Söhne zeugte; das Schicksal der Mutter, die am 22. Januar 1954 aus Hoheneck entlassen wurde, Arbeit als Sekretärin in der Wismarer Matthias-Thesen-Werft fand und am 15. Dezember 1979 zu ihrem ausgebürgerten Sohn von Wismar nach Hamburg übersiedelte, wo sie heute in einem Seniorenheim lebt; und die Geschichte Ulrich Schachts selbst, der nach Bäckerlehre und Abitur in Rostock und Erfurt Theologie studierte und 1973 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Ein zweites für die Textstruktur wichtiges Datum ist der 22. Januar 1954, der Entlassungstag der Mutter, als sie von Karl-Marx-Stadt, wie Chemnitz seit 1953 hieß, über Leipzig und Magdeburg nach Wismar fuhr, wo sie um 18.17 Uhr ankam. Im inneren Monolog der plötzlich Freigelassenen – die nichts Strafbares getan hatte – während der langen Bahnfahrt, bis sie

von Mutter und Schwestern empfangen wurde, erfährt der Leser Unglaubliches über die Zustände in DDR-Zuchthäusern. Die klare Erinnerung Wendelgard Schachts noch Jahrzehnte später und die nie nachlassende Anstrengung ihres Sohnes Ulrich, seine Mutter nach jeder Einzelheit auszufragen, haben den Text unerhört verdichtet.

Es gibt mehrere Passagen in diesem Buch, die den Leser sehr anrühren. Eine handelt vom Schicksal der drei Jahre älteren Schwester Dolores (1948-1976), die an Krebs starb und ihrem Bruder vor ihrem Tod noch einen Brief ins Zuchthaus Brandenburg schrieb; eine andere ist die Begegnung mit Heinrich Böll (1917-1985) auf dem Schriftstellertreffen 1984 in Saarbrücken, wo linke Leugner kommunistischer Verbrechen das große Wort führten und der Kölner Schriftsteller schützend seinen Arm auf Ulrich Schachts Schulter legte; eine dritte ist die nächtliche Umrundung der „Lubjanka“, des Zentralgefängnisses des sowjetischen Geheimdienstes 1920 bis 1991 im Moskauer Zentrum, die der Verfasser, der im Hotel „Rossija“ wohnte, mitten in der Nacht unternahm: Ein archaisches Ritual, um das Böse zu bannen!

Verwundert und mit nachträglicher Freude, daß dies möglich war, erfährt man auch, daß für ihn während der Haftzeit in zwei Wismarer Kirchen Sonntag für Sonntag Fürbitten gesprochen wurden, „unserem gefangenen Bruder Ulrich Schacht“ zu helfen, was Mut und Gottvertrauen erforderte. Als makabres Gegenstück dazu wird die Begegnung mit seinem Richter beschrieben, der ihn in Schwerin 1973 verurteilt hat. Das Gespräch fand 1990 in einer Schweriner Kleingartenanlage statt und wurde per Richtmikrofon aufgezeichnet. Die Druckfassung von 18 Seiten zeigt die vor Angst schlotternde Gestalt eines ehemals sozialistischen „Rechtspfleger“!

Zuletzt sei noch erwähnt, daß der Autor sich auch der Mühe unterzogen hat, authentisches Material wie die Vernehmungsprotokolle und Briefe seiner Mutter aus Hoheneck oder die Kaderakte seines Vaters in Moskau zu besorgen, was nicht einfach war.

Jörg Bernhard Bilke

.....
Ulrich Schacht: Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater, Aufbau-Verlag, Berlin 2011, 221 Seiten, 19,95 €

Veranstaltungen

29.3. (Di), 19.30 Uhr:

Irina – eine wolgadeutsche Tragödie. Lesung mit Autorin Marianne Blasinski, Berlin; Veranstaltung d. OEZ Berlin-Verlages; Ort: Wolfdietrich-Schnurre-Bibliothek, Bizetstr. 41, 13088 Berlin-Weißensee

30.3. (Mi), 18.00 Uhr:

Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland. Mit Bettina Greiner, Autorin, aus der Reihe „Nachlese – Das politische Buch“; Veranstaltung d. Brandenburgischen Landeszentrale f. pol. Bildung; Ort: Landeszentrale, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

30.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Sozialistische Ökonomie und Mauerbau. Die wirtschaftlichen Hintergründe der Abschottung Ost-Berlins und der DDR. Vortrag u. Diskussion mit Prof. Dr. André Steiner, Potsdam, Dr. h.c. Edgar Most, Berlin, Prof. Dr. Werner Plumpe, Frankfurt/M., Prof. Dr. Jörg Roesler, Berlin; Veranstaltung d. Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen u.a.; Ort: Deutsche Kreditbank AG, Taubenstr. 7-9, Berlin-Mitte

31.3. (Do), 12.00 Uhr:

„Gefangenenaufstand 1950 im Gelben Elend“. Gedenkandacht d. Kirchengemeinde St. Petri Bautzen; Ort: St. Petri Dom, An der Petrikirche, 02625 Bautzen

31.3. (Do), 19.00 Uhr:

„Angst vor Solidarność!“ Die Auswirkungen der polnischen Freiheitsbewegung in der DDR. Filmvorführung u. Diskussion, Ref. Maria Diersch, Sächs. Staatsministerium d. Innern, Dr. Christian Halbrock, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

31.3. (Do), 19.30 Uhr:

Das geteilte Berlin im Dokumentarfilm: Wie Ost und West ihre Teilstadt präsentierten. Vortrag v. Johanna Dietrich, mit Filmbeispielen. Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

1.4. (Fr), 18.00 Uhr:

Die Akten der Staatssicherheit. Ausgaskraft und Nutzungsmöglichkeiten. Vortrag v. Jörg Stoye, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg; Ort: Rathaus, Sitzungssaal, Markt 1, 38350 Helmstedt

2.4. (Sa), 11.00 Uhr:

Rundfunksendung **„Miß Bukarest“** – Lesung mit dem Schriftsteller Richard Wagner, Berlin; Produktion v. Radio History, OEZ Berlin; Berliner Kabelprogramm alex-okb auf 96,2 MHz oder Audiostream auf www.alex-berlin.de

5.4. (Di), 18.00 Uhr:

Von den Schauprozessen zu den Massenoperationen. Interpretationen des Großen Terrors in der Sowjetunion. Podiumsdiskussion mit Jörg Baberow-

Konspirative Justiz

Inzwischen ist die Doktorarbeit von André Gursky, dem Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle, erschienen. Unter besonderer Betonung der philosophischen Dimension enthält die Arbeit eine Darstellung der politischen Justiz der DDR. Von Marx zu Lenin, vom historischen Marxismus zum berüchtigten Marxismus-Leninismus, vom Weltbild zum Feindbild - Gursky wirft ein Licht auf die ideologischen Grundlagen der Machtanmaßung von KPdSU & Co.

Die Darstellung der Rechtsphilosophie in den Farben der SED bringt den bekannten Funktionär Hermann Klenner ins Bild. Er repräsentierte den SED-Staat in der Bundesrepublik und im Ausland. Am Beispiel Klenners zeigt der Autor, welche Verwirrung und Realitätsferne in Teilen der westlichen philosophischen Wissenschaft Einzug hielten. Politische Justiz der DDR war konspirative Justiz, realisiert wesentlich durch das MfS. Gursky ist es gelungen, einen der wichtigsten ehemaligen Vernehmer der Untersuchungsabteilung, einen Referatsleiter, zu interviewen. Ein weiteres Interview führte der Autor mit Hermann Kreuzer, ehemals Ministerialdirektor im Innerdeutschen Ministerium, zum Thema Häftlingsfreikauf. Kreuzer, in den fünfziger Jahren Bautzen-Häftling, macht Aussagen, die in keiner der vielen bisherigen Veröffentlichungen zum Thema enthalten sind. Hier soll daran erinnert werden, daß Kreuzer immer an der Seite der politischen Häftlinge in Bautzen, in Hoheneck, in Cottbus und Brandenburg war. Er gehörte zu denjenigen, auf die politische Häftlinge vertrauen konnten. Mit dem Interview setzt ihm Gedenkstättenleiter Gursky gleichsam ein Denkmal. Am Beispiel etwa der Haftfälle Blobner und Rochau illustriert der Autor darüber hinaus die Schnittstelle von Zeitgeschichte und Philosophie.

Insgesamt ist zu sagen, daß die Arbeit Gurskys keinesfalls nur für den philosophisch beschlagenen Leser von großem Wert ist, sie ist auch für interessierte wissenschaftliche Laien empfehlenswerte Literatur. Vor allem sei sie ehemaligen politischen Häftlingen empfohlen, schließlich sehen sie hier vieles, was sie selbst erleben mußten, theoretisch reflektiert.

Der hohe Preis des Gursky-Buches von fast 75 Euro ist zwar für ein wissenschaftliches Werk dieses Umfangs normal, doch ehemalige Häftlinge werden sich



das nur selten leisten können. Schließlich beziehen die meisten nicht solch ein Monatsgehalt, wie es z.B. einer ihrer Peiniger aus der Strafanstalt Cottbus noch bis vor kurzem als Leitender Angestellter der Polizei erhielt.

Bernd Lippmann

.....
André Gursky: Rechtspositivismus und konspirative Justiz als politische Strafjustiz in der DDR. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2011, 460 S., 74,80 €

Unrecht durch Recht

„Glücklicher Sklave“ nennt der ehemalige Oberrichter am Obersten Gericht der DDR, Rudi Beckert, seine Lebenserinnerungen, und er bezieht sich damit auf einen Aphorismus Marie von Ebner-Eschenbachs: Die glücklichen Sklaven sind die erbittertesten Feinde der Freiheit. Selten werden autobiographische Texte schon im Titel mit solch kritischer Einstellung zum eigenen Lebensweg versehen. Noch seltener haben sich führende Juristen der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts mit den Regimes und ihrer eigenen Rolle darin aufrichtig und vorbehaltlos auseinandergesetzt.

Um es vorweg zu sagen: Man nimmt dem Autor ab, daß er mit sich selbst ins Gericht gegangen ist. Er hat sich nicht einfach auf die andere Seite geschlagen, weil neue Zeiten angebrochen sind. Dann würde er längst, wie unrühmliche Beispiele zeigen, mit Schaum vorm Mund einen aufgesetzten Antikommunismus vor sich hertragen und kein Wort mehr über die eigene Mitwirkung am alten System verlieren. Das tut Rudi Beckert nicht.



Während er seinen, vor allem beruflichen, Werdegang erzählt, entsteht gleichzeitig ein Bild der Rechtsprechung in der DDR, das alles andere als einen Rechtsstaat zeigt. Diese Tatsache allein hätte nicht 183 Seiten beanspruchen müssen. Aber der Autor eröffnet die Sicht auf Strukturen, er tut das empirisch, denn er war ein Teil von ihnen. Die gewollte, geplante, kontrollierte und vollständig durchgesetzte Verflechtung von Partei, MfS, Staatsführung und Rechtsprechung



hat rechtsstaatliche Entwicklungen gar nicht zugelassen. Nach zentralistischem Prinzip organisiert, war jede Ebene zur Rechenschaft gegenüber der höheren verpflichtet: „Wollte also ein Richter von der zentralen Auffassung abweichen, wäre es letztlich zwecklos gewesen. Das OG [Oberste Gericht] konnte erneut kassieren. Der Betreffende hätte möglicherweise unangenehme Auseinandersetzungen zu erwarten gehabt, weshalb er lieber den Willen der ‚funktionell klügeren Obrigkeit‘ befolgt hat.“ Das allein machte schon eine Unabhängigkeit von Richtern unmöglich. Hinzu kamen Dirigismus und eine Kaderauswahl, mit der parteitreues Verhalten vorausgesetzt werden konnte.

Die rechtsstaatsferne Grundstruktur bedeutete jedoch nicht, daß Rechtspolitik und Justiz keinen Veränderungen unterworfen waren. Im Gegenteil. Politische Ereignisse, wie zum Beispiel der Bau der Berliner Mauer, hatten auch in der Rechtsprechung Konsequenzen: Die Strafen für vorbereitete oder gescheiterte „Republikfluchten“ wurden härter, und eine Verordnung vom 24. August 1961 erlaubte den Gerichten, „Arbeitserziehung“ und Aufenthaltsbeschränkungen anzuordnen. Zeitlich nicht mehr begrenzte Einwei-

sungen in Arbeitslager, die dem Ministerium des Innern unterstanden, waren die Folge. Entlassen wurde erst, „wenn der Erziehungszweck erreicht war“.

Nebenbei erfährt man von dem ehemaligen Richter, daß selbst bei Juristen in der DDR ein seltsamer Mangel an Fachliteratur herrschte. Am Obersten Gericht, und nur dort, existierte eine Sammlung von Kommentaren aus der Bundesrepublik, die fleißig benutzt wurde, obwohl die entsprechende Gesetzgebung ja eine andere war. Über die Gründe für diesen Mangel erfährt man vom Autor nichts, er wundert sich selbst. Die bekannte Papierknappheit in der DDR kann es nicht gewesen sein, denn um Parteitagbeschlüsse unters Volk zu bringen, standen immer Wälder zum Roden bereit. Eher schon liegt die Vermutung nahe, daß Staats- und Parteiführung sich nicht allzu festlegen wollten, um jederzeit unmittelbar selbst in die Rechtsprechung eingreifen zu können – ohne dies, auch vor den eigenen Genossen, rechtfertigen zu müssen. Der Zustand allgemeiner Rechtsunsicherheit ist für die Durchsetzung uneingeschränkter Macht in einer Diktatur von großem Vorteil, wahrscheinlich unverzichtbar.

Spätestens nach diesem Einblick in die Rechtspraxis erübrigt sich jede weitere Diskussion darüber, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Nur kann man es jetzt noch besser begründen. Ein Vorwort von Karl Wilhelm Fricke und ein kleiner Anhang mit Kriminalstatistik ergänzen dieses außergewöhnliche Buch.

Friedrich Rudolph

.....
Rudi Beckert: Glücklicher Sklave. Eine Justizkarriere in der DDR, Metropol Verlag, Berlin 2011, 183 S., 16,00 €

Utopie und Terror

Zu ihrer Ausstellung „Utopie und Terror. Alja Rachmanowa und Alexander Solschenizyn – Zwei russische Schriftsteller-Phänomene“ hat die Berliner Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus jetzt einen Katalog vorgelegt. Die Herausgeber Ursula Popiolek und Siegmund Faust haben ihn „Ausstellungsführer“ genannt, mit gutem Grund. Beim Besuch der Ausstellung über die beiden ungewöhnlichen Autoren leistet er vorher, während und danach gute Dienste. Es lohnt sich also, schon vorab in den schmalen Band zu schauen. >>>

Veranstaltungen

ski, Norman Naimark, Karl Schlögel; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.4. (Di), 19.00 Uhr:
Erziehung hinter Gittern. Mit Nicole Glocke, Autorin, und Ralf Weber, Zeitzeuge; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

5.4. (Di), 19.00 Uhr:
Zeitzeugen im Gespräch. Mit Peter „Blase“ Rösch; Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Bildungszentrum d. BStU, Zimmerstr. 90/91, Berlin-Mitte

7.4. (Do), 19.00 Uhr:
Eingesperrt! Die Stasi und die Reaktionen auf den „Mauerbau“ 1961 im Bezirk Rostock. Vortrag v. Dr. Michael Heinz, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Volkshochschule Rostock, Alter Markt 19, 18055 Rostock

7.4. (Do), 19.00 Uhr:
Von der Zonengrenze zur Grenze zweier Militärböcke. 50 Jahre Mauerbau, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Oberthausaal, Marktplatz 1, 98527 Suhl

7.4. (Do), 19.30 Uhr:
„Fernsehgrüße von West nach Ost“ und „Ein Blick“. Dokumentarfilmabend u. Gespräch mit Gerd Conradt, Regisseur; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

12.4. (Di), 17.00 Uhr:
MfS – Schild und Schwert der Partei. Zum Wirken der Staatssicherheit in der Region. Ref. Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Rathaus, Altstädtischer Markt 10, 14470 Brandenburg

12.4. (Di), 19.30 Uhr:
Zerrissene Akten. Die Rekonstruktion vernichteter Stasi-Unterlagen. Filmvorführung u. Vortrag v. Joachim Häußler, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Kulturforum der Landeshauptstadt Schwerin, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

12.4. (Di), 19.30 Uhr:
„Leseland DDR“. Vortrag u. Diskussion mit Dr. Matthias Braun BStU; Veranstaltung d. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V. u.a.; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle/S.

14.4. (Do), 19.00 Uhr:
„Bei uns ist alles okay...“ Die Auswirkungen des Reaktorunglücks von Tschernobyl in der DDR vor 25 Jahren. Ref. Roland Quester, Leiter d. Umweltbibliothek Leipzig, Dr. Sebastian Pflugbeil, Physiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.4. (Do), 19.00 Uhr:

Tschernobyl, 26. April 1986 – Die Umweltbewegungen in der DDR und in Osteuropa nach dem Reaktorunfall. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

14.4. (Do), 19.30 Uhr:

Immer wieder Dezember. Der Westen, die Stasi, der Onkel und ich. Mit Autorin Susanne Schädlich; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle u.a.; Ort: Stadtbibliothek, Salzgrafenstr. 2, 06108 Halle/S.

19.4. (Di), 19.00 Uhr:

Der letzte Mythos: Wer entfesselte den Zweiten Weltkrieg? Fritz Poppenberg, Produzent u. Vertriebsinhaber zeigt 90 Minuten aus dem Dokumentarfilm v. Wladimir Sinelnikow u. Igor Schewzow; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

20.4. (Mi), 18.00 Uhr:

Stalins Massenrepressionen – Ursprünge und Funktionen. Ref. David Shearer, University of Delaware; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

30.4. (Sa), 11.00 Uhr:

Rundfunksendung **The fight for freedom and democracy in Europe.** Mit Vladimir Bukovsky, Cambridge; Produktion v. Radio History, OEZ Berlin; Berliner Kabelprogramm alex-okb auf 96,2 MHz oder Audiostream auf www.alex-berlin.de

3.5. (Di), 17.00 Uhr:

Die Akten der Staatssicherheit. Aussagekraft und Nutzungsmöglichkeiten. Vortrag v. Jörg Stoye, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg; Ort: Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 4, 39116 Magdeburg

3.5. (Di), 19.00 Uhr:

Die vergessene Republik China. Mit Jing Wang, chines. Menschenrechtlerin, Wen-Chiang Shen, Taipeh-Vertretung in Deutschland, Alexander W. Bauersfeld, DDR-Häftling u. Autor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

4.5. (Mi), 18.00 Uhr:

Sowjetische Hungersnöte und die Frage des Genozids. Ref. Nicolas Werth, Institut d'histoire du temps présent Paris (Französisch mit Simultanübersetzung); Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.5. (Do), 19.00 Uhr:

Zielgruppe Ärzteschaft. Mediziner als inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Stadtbücherei Suhl, Bahnhofstr. 10, 98527 Suhl

Zunächst erfährt man etwas über die Entstehung der Ausstellung, kleine Essays machen mit Rachmanowa, Solschenizyn und der ideologischen Bedeutung von Utopie und Terror in der kommunistischen Theorie bekannt. Der Hauptteil ist einem „Gang durch die Ausstellung“ gewidmet, freilich ohne zuviel vorwegzunehmen. Zahlreiche Fotografien, besonders schöne von der aparten und wenig bekannten Rachmanowa, ergänzen die Texte und regen an, sich näher mit den beiden Schriftstellern, aber auch mit den Umständen, in denen sie lebten, zu befassen.

Eine Literaturliste der zitierten Werke und Auswahlbibliographien von Rachmanowa und Solschenizyn am Ende des Katalogs erleichtern die langfristige Beschäftigung mit ihren Werken.

„Utopie und Terror“ ist eine Dauerausstellung im Lessing-Haus der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin-Mitte, geöffnet montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr. Dort ist auch der Katalog zu erwerben.

Gertrud Röder

.....
Ursula Popiolek/Siegmar Faust (Hg.): Utopie und Terror. Alja Rachmanowa und Alexander Solschenizyn – Zwei russische Schriftsteller-Phänomene, Ausstellungsführer, Berlin 2010, 135 S., 6,00 €

Das Zitat

Wer heute auf die Demokratie schimpft, dem wird morgen der Marsch geblasen.

Werner Mitsch

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Roland Brauckmann am 10. März, Liselotte Krause, Erwin Wüst am 12. März, Karl-Heinz Kowallik, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe, Dieter Witte am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela

Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März, Anneliese Spengeler am 1. April, Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Horst Siering am 14. April, Kurt Eschert am 15. April, Werner Rösler, Rudi Rössel, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Harry Hinz, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich
 die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption), Mo-Fr 10-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32, E-Mail bsv-beratung@gmx.de
 Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlichen Dank unseren Spendern

Mela Bechler, Gerda Bieber, Gerd Gebert, Wolfgang Göllnitz, Kurt Große, Emil Hanisch, Manfred Isikli, Elisabeth Junge, Erich Kleist, Grete Klemt, Kurt u. Brigitte Kugler, Jutta Kunstmann, Günter Marciniak, Heinz u. Hildegard Martini, Günter Radtke, Erika Ryssel, Horst Verworner, Dr. Egon Weber, Jürgen Kurt Wenzel, Anneliese Wolf

BSV Berlin-Brandenburg

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Prof. Hans Günter Aurich, Lieselotte Bache, Rosemarie Barth, Eliza Baum, Uwe Behne, Hans-Joachim Berndt, Karl-Heinz Blumenhagen, Richard Boschan, Dora Brandenburg, Herbert Buley, Gerold v. Busse, Rudolf u. Ruth Bütters, Anneliese u. Ulrich Büttner, Eberhard u. Mathilde Büttner, Erna Carbow, Dr. Dieter Dentler, Ella u. Bruno Dräger, Bernd Dubrau, Sybille u. Klaus Ebel, Brigitte Eisenblätter, Margarete Erdmann, Fritz Esenwein, Pia Falck, Heike Fegeler, Peter G.M. Feige, Gerhard Fischer, Anneliese Gabel, Hans-Jürgen Geier, Wolfgang Gillner, Rolf Göbel, Gerda Göderich, Dr. Horst u. Hannelore Graichen, Bettina Greiner, Kurt u. Erika Große, Horst u. Gisela Großmann, Dieter Hanns, Angelika Heinemann, Uwe Helmbrecht, Günter u. Renate Herrmann, Joachim Heyde, Karl-Heinz Hoffmann, Roland Jacobi, Horst Jungbluth, Peter Kahnt, Heiner Kausch, Werner Keller, Waltraut Kindermann, Claus Klappert, Friedrich u. Käthe Klausch, Hans-Jochen u. Christa Kochheim, Gunther Kollensperger, Norbert Koy, Manfred Krafft, Hermann Lange, Christa Langner, Heinz u. Eva Lehmann, Willi Leppler, Else Liebsch, Erich Lienhart, Eduard Lindhammer, Norbert Lipski, Luise Lorenz, Wolfgang G. Malz, Annerose Matz-Donath, Manfred Maurer, Bruno Meißner, Theodor Micklisch, Ruth Nevermann, Irmgard Nitz, Berthold Nöske, Joachim Petras, Volker u. Ulrike Pilz, Horst Popper, Detlev Putzar, Siegfried u. Maria Rau, Uwe u. Krista Reinhardt, Ulrich Reiser, Lisbeth Rentsch, Margot Reuter, Jürgen Ritthaler, Prof. Dr. Gert Robel, Dr. Karl-Dietrich Rösch, Lothar u. Ingrid Rühl, Wolfgang Rullik, Anneliese Schachnowski, Ernst Schadde, Helga Scharf, Christa Schatzberg, Heinz Scheibner, Hermann Schicketanz, Ingrid Schmidt, Ruth Schmidt, Helmut Schneider, Lothar Scholz, Wolfgang Scholze, Günter Schreiber, Joachim Schubert, Dietrich u. Ruth Schulz, Reinhard u. Edith Schwartz, Wolfgang Schweigler, Hans Joachim Stöhr, Klaus-Joachim Surma, Martin Taatz, Michael Teltz, Helge Viereck, Günter Völkel, Wolfgang Völzke, Jürgen Kurt Wenzel, Herbert Winter, Eckhard Wolfermann, Karl Wruck, H. Wüstemann, Andreas Zastrow, Armin Zastrow, Martin Zillmer, Günther Zogbaum

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 32

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 01

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbändeoordination: Carola Schulze, Florian Kresse

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93-51

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31
E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,

Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 300

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin

E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. März 2011

